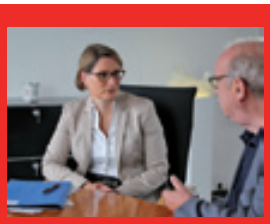
GEW - Zeitung Rheinland-Pfalz

7-8 / 2016

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Rheinland-Pfalz • www.gew-rlp.de

Im Gespräch mit
Bildungsministerin
Dr. Stefanie Hubig

(S.14 - 15)



Vielfalt ist Stärke

Berichte vom Gewerkschaftstag 2016 auf den Seiten 2 - 12

Fotos S. 1-12: Lucas Schmitt & Jonas Priester

Bewährte GEW– neue Regierung

Günter Helfrich

Es gibt ja Phasen, in denen es für eine Redaktion nicht viel zu berichten gibt; seit unserer letzten Ausgabe hat sich jedoch einiges getan: Eine neue Regierung mit neuen Verantwortlichen für den Bildungsbereich wurde gebildet – wir sind brandaktuell und können die neue Bildungsministerin bereits jetzt vorstellen. Nach dem Gewerkschaftstag, dem höchsten Gremium unserer Gewerkschaft, hat sich personell dagegen nicht viel geändert: Das Leitungsteam wurde wie alle anderen Wahlfunktionen für vier weitere Jahre bestätigt.

Überwiegend Harmonie beim Gewerkschaftstag

Wer mehr als zehn Delegiertenversammlungen auf Bundes- und Landesebene mitgemacht hat, kennt die Abläufe und Rituale – auch bestimmte Verhaltensmuster von Delegierten. Interessant daher zu erfahren, wie „Novizen“ die Veranstaltung wahrgenommen haben. Ein neuer Kollege jedenfalls, sonst eher prinzipiell skeptisch, war beeindruckt von den klaren Strukturen im Ablauf und der perfekten Organisation. Herzlichen Dank daher an unseren Geschäftsführer Peter Blase-Geiger und sein Team von der Geschäftsstelle. Das war einfach super. Hoffentlich kommt für unsere Beschäftigten mal eine ruhigere Phase: letztes Jahr die langen Streikwochen, dieses Jahr u.a. die aufwändige Organisation des Gewerkschaftstages, das ging schon an die Substanz. Die übliche Arbeit war ja auch noch zu erledigen.
Im „normalen“ Leben hat man, beruflich wie teils auch privat, immer wieder mit Menschen zu tun, deren Grundhaltung nicht unbedingt mit der eigenen übereinstimmt. Das Faszinierende an Gewerkschaftstagen ist immer wieder, unter so vielen Leuten zu sein, die bildungs- und gesellschaftspolitisch ähnlich denken. Früher gab es bekanntlich weitaus mehr ideologische Gegensätze und damit verbundene politische Debatten, die manchmal auch menschlich verletzend waren. Ein wirklicher Gegensatz ist im Mai 2016 in Mainz-Budenheim eigentlich nur bei der Debatte um die Frauenquote aufgetaucht. Und auch dieser war keine Wiederbelebung von Auseinandersetzungen zwischen „Emanzen“ und „Mackern“ in den 80er-Jahren des vergangenen Jahrtausends: In zahlreichen klugen Beiträgen diskutierten fast nur Frauen untereinander, was der richtige Weg ist, den Frauenanteil in unseren Gremien zu steigern. Nicht allgemein und prinzipiell, sondern konkret bezogen auf die Situation in der GEW RLP.
Zweifellos wird es darauf ankommen, die Organisation inhaltlich wie personell weiterzuentwickeln: mehr Junge in Ämter – ohne die nicht mehr ganz so jungen KollegInnen zu vergraulen. Wie gesagt: mehr Frauen in die Verantwortung; für Männer gibt es immer noch genug zu tun. Und ganz zentral auch: Die Einbindung der zahlreichen neuen KollegInnen aus dem SuE-Bereich in unsere Arbeit.
Geradezu sensationell war das Wahlergebnis für Klaus-Peter Hammer, zumal andere Wahlen zeigten, dass die Delegierten ihr Ja nicht verschenkt haben; selbst bei offenen Abstimmungen gab es Nein-Stimmen und Enthaltungen. Hinzu kommt, dass Klaus-Peter niemand ist, der um Zustimmung buhlt. Er kann durchaus auch mal ordentlich Kontra geben. Einen derart geschätzten und charismatischen Mann an der Spitze zu haben, ist richtig gut für unsere Organisation.

Koalitionsvertrag: Enttäuschend und ohne neue Impulse

Die Passagen zum Thema Bildung in der Koalitionsvereinbarung von SPD, FDP und Grünen zeigen, dass die Ampelkoalition die bisherige Bildungspolitik von Rot-Grün fortführen will. Dies ist als positiv zu werten, weil Errungenschaften wie die Beitragsfreiheit etc. nicht revidiert werden sollen.
Darüber hinaus finden sich in dem Text allerdings keinerlei neuen Ideen, Impulse, Projekte. Wo vor früheren Legislaturperioden Reformpläne wie das Ganztagsschulprogramm, die Aufwertung der frühkindlichen Bildung oder die Schulstrukturreform verkündet wurden, herrscht jetzt gähnende Leere. Überhaupt ist die Vereinbarung beim Thema Bildung eine fast schon skurrile Mischung aus Zustandsbeschreibungen, Selbstverständlichkeiten, Details, Lob und Eigenlob sowie größtenteils leider völlig vagen Aussagen einerseits und ganz konkreten Formulierungen bei Einzelthemen wie z.B. der Musikerziehung und der Demokratiepädagogik andererseits.
So wird beispielsweise nicht klar, wie die propagierte Qualitätssteigerung in den Kitas erreicht werden soll. Keinesfalls darf die Ausweitung der Betreuung in den Randzeiten und in den Ferien auf Kosten der Beschäftigten gehen. Bei der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern nur auf die neue berufsbegleitende Ausbildung zu verweisen, ist unter dem Qualitätsaspekt dürftig, weil diese Form der Fachschule zwar zur Deckung des Bedarfs in den Einrichtungen beiträgt, aber dazu führt, dass in den Kitas vermehrt Kräfte arbeiten, die noch keine abgeschlossene Ausbildung haben. Aus Sicht der GEW wäre es dagegen angebracht, vermehrt künftige Fachkräfte in einem Bachelorstudium an Hochschulen auszubilden.
Auch beim Thema Schule wird nicht deutlich, wie Selbstständigkeit und Partizipation in den Schulen gestärkt werden sollen. Diese Ziele machen nur dann Sinn, wenn die innerschulische Demokratie z.B. bei der Besetzung von Funktionsstellen gestärkt wird. Auch was die 100-prozentige Unterrichtsversorgung betrifft, fehlen die konkreten Angaben, wie und wann diese erreicht werden soll.

Inhalt

Editorial	Seite	2
Gewerkschaftstag	Seiten	3 - 12
Ankündigung: Gesamtschultag 2016	Seite	13
Bildungspolitik	Seiten	14 - 19
Fortbildung	Seiten	20 - 21
Recht	Seiten	22 - 23
Frühkindliche Bildung	Seite	24
Jubilare / 60+ /	Seite	25
Briefe an die Redaktion	Seiten	26 - 27
Tipps + Termine	Seiten	28 - 30
Kreis- und Region	Seite	31
Impressum	Seite	31
Schulgeist	Seite	32

Kommentar:

Schuldenbremse ist Reformbremse

Klaus-Peter Hammer

Rheinland-Pfalz hat eine neue Landesregierung – eine Ampel-Koalition. Etwas Neues. Drei Parteien – mit unterschiedlichen Sichtweisen auf die Bildung. Wir stellten uns die Frage: Wie kann das gehen? Es ging erstaunlich flott und anscheinend sehr harmonisch. Das ist schon mal ein gutes Zeichen. So haben wir mit Spannung erwartet, was im Koalitionsvertrag steht mit besonderem Fokus auf den Bildungsbereich.

Der Text liest sich ja ganz freundlich. Aber:

• Die Verbesserung der Unterrichtsversorgung – hier darf man ruhig eine Schippe drauflegen.

• Der weitere Ausbau der Inklusion – bitte nicht an Personal sparen.

• Und wann wird das erste Gymnasium Schwerpunktschule?

• Der weitere Ausbau von Gesamtschulen – hier wünschen wir uns mehr Mut.

• Die Stärkung der Realschulen plus – hier würde uns auch interessieren, wie weit diese inhaltlich reformiert werden.

• Der Erhalt wohnortnaher Bildungsangebote – wird dies immer gelingen?

• Die Weiterentwicklung der frühkindlichen Bildung – wie sollen Qualität gesteigert und die Arbeitsbedingungen verbessert werden?

• Der weitere Ausbau der Schulsozialarbeit – ein gutes Signal, aber wie viele Stellen?

• Mehr Freiräume für Schulen – das klingt interessant, aber wie wird es umgesetzt, Hier müssen wir frühzeitig einbezogen werden.

• Das Entwickeln lebensphasenbezogener Arbeitszeitmodelle:

Hierbei stellt sich die Frage: Was geschieht mit den älteren Kolleginnen und Kollegen, Es gibt keine Aussagen zur ATZ und zu Fragen der Altersermäßigung. Und: Wie können junge Lehrkräfte vermehrt Einstellungsperspektiven erhalten

• Wir freuen uns sehr, dass der Besuch der Kitas in RLP ab dem 2. Lebensjahr nach wie vor gebührenfrei bleibt und dass Bildung in RLP generell gebührenfrei bleibt – das ist ein Markenzeichen von RLP.

• Ebenso ist es ein Erfolg der GEW, dass die in den Tarifrunden ausgehandelten Tarifergebnisse zukünftig auf die Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz übertragen werden sollen. Hier hat man wohl aus den schlechten Erfahrungen der letzten fünf Jahre gelernt.

• Wir freuen uns über für die Beibehaltung des Herkunftssprachenunterrichts. Die Bedeutung von Mehrsprachigkeit wird damit unterstrichen. Es bleibt abzuwarten, welche weiteren Schritte unternommen werden, um ein landesweites Sprachenkonzept zu entwickeln und dass die HSU Lehrkräfte besser bezahlt werden.

Doch was ist mit dem längeren gemeinsamen Lernen – welche Fortschritte sind hier geplant – hier sind die Aussagen im Koalitionsvertrag sehr dünn.

• Was ist mit den notwendigen Reformen in der Lehrkräftebildung, speziell die schlechte Situation von Grundschullehrkräften – die abgehängt sind und deren Leistung wohl gering geachtet wird?

• Welche konkreten Maßnahmen werden ergriffen, dass wir mit der „neuen Vielfalt an den Schulen" umgehen können, und wie sind die Ressourcen hierfür garantiert gesichert?

• Und was ist mit dem Thema prekäre Beschäftigungsverhältnisse an Hochschulen und in der Weiterbildung?

• Was wird konkret für die Stärkung der Berufsbildenden Schulen getan?

Leider fehlen in diesem Vertrag klare finanzpolitische Aussagen und Festlegungen, wie die Rahmenbedingungen an den Bildungseinrichtungen konkret verbessert und das notwendige qualifizierte Personal hierfür gefunden und eingestellt werden kann.

Dies ist aus Sicht der GEW der zentrale Schwachpunkt in diesem Koalitionsvertrag. Es zeigt sich erneut, dass es ein Fehler war, die Schuldenbremse in der Verfassung zu verankern. Sie erweist sich nun als Bremse, die dringend notwendige Verbesserungen und Reformen verhindert.

Wir können die Herausforderungen im Bildungsbereich nur bestehen, und die Kolleginnen und Kollegen können den hohen Erwartungen, die an ihre Arbeit gestellt werden, nur standhalten, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

Der angekündigte Stellenabbau beunruhigt uns, auch wenn die Schulen noch nicht davon betroffen sind. Hier sage ich: Junge Lehrkräfte brauchen eine gute Einstellungsperspektive.

Delegierte tagten

Vielfalt ist Stärke

„Vielfalt ist Stärke!“ lautete das Motto des dreitägigen Gewerkschaftstages der Bildungsgewerkschaft GEW, der vom 23. bis 25. Mai im Schloss Waldthausen in Budenheim bei Mainz stattfand. Neben Schwerpunktthemen wie Inklusion und Tarifpolitik standen auch aktuelle Debatten wie zum Beispiel das Recht auf Bildung für Geflüchtete auf der Agenda. Außerdem wurde auf dem Gewerkschaftstag der Landesvorstand neu gewählt.

GEW-Landesvorsitzender Klaus-Peter Hammer begrüßte neben den rund 170 Delegierten und Gastdelegierten aus den Städten und Kreisen des Landes auch zahlreiche Gäste, darunter die GEW-Bundesvorsitzende Marlis Tepe und den DGB-Landesbezirksvorsitzenden Dietmar Muscheid. Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat den Gewerkschaftstag ebenfalls besucht wie weitere Vertreterinnen des rheinland-pfälzischen Landtags. Als Gastrednerin nahm die stellvertretende DGB-Bundesvorsitzende Elke Hannack teil.

In seiner Begrüßung betonte Klaus-Peter Hammer, die GEW habe in der vergangenen Wahlperiode mit dem ersten Beamtenstreik Geschichte geschrieben. Dessen Erfolg zeige sich auch in der Tatsache, dass in der neuen Koalitionsvereinbarung versprochen werde, künftig die entsprechenden Tarifabschlüsse auch für die Beamtinnen und Beamten zu übernehmen. Die Tarifrunde für den Sozial- und Erziehungsdienst im vergangenen Jahr habe nach den langen Streikwochen letztlich ein befriedigendes Ergebnis gebracht. Die beeindruckende Kampfbereitschaft der Erzieherinnen und Erzieher habe sich dann aktuell in der Tarifrunde 2016 gezeigt. Nicht zuletzt durch die Tarifrunden seien die Mitgliederzahlen der GEW kräftig gestiegen, was auch nötig sei, weil Erfolge nur mit einer starken Gewerkschaft erzielt werden könnten. Hammer: „Seit mehr als 10 Jahren wächst die GEW kontinuierlich. In den letzten vier Jahren haben wir 19 Prozent zugelegt. Unser Ziel ist es, unsere Mitgliederbasis zu halten und möglichst noch auszubauen.“ Ende 2015 zählte die GEW 12.500 Mitglieder, 76 Prozent davon seien Frauen.

Vielfalt Profil unserer Gewerkschaft

„Vielfalt ist Stärke!“ Die GEW sehe sich auf einem zunehmend guten Weg, eine starke Interessenvertretung für Beschäftigte in allen Bildungs- und Erziehungsbereichen zu sein. Sie werde ihre Präsenz in den Kindertagesstätten, in den Schulen, in den Hochschulen und in anderen Bildungseinrichtungen weiter stärken. Das Motto des Gewerkschaftstages wolle auf die Notwendigkeit von Solidarität verweisen, aber auch ein Zeichen setzen für eine weltoffene Gesellschaft. Hammer: „Wir haben keine Angst vor Vielfalt, Diversität ist ein Gewinn, Vielfalt macht das Profil unserer Gewerkschaft aus.“

Der Einsatz für mehr Bildungsgerechtigkeit in der frühkindlichen, schulischen und außerschulischen Bildung sowie in den Hochschulen und den Einrichtungen der Erwachsenenbildung werde auch künftig ein Schwerpunkt der GEW-Arbeit bleiben, erklärte Hammer weiter in seiner Begrüßung.

Bezugnehmend auf eine Resolution zum jüngst vorgelegten Koalitionsvertrag sagte Klaus-Peter Hammer: „Uns geht es darum, dass die angekündigten gesellschaftspolitischen Vorhaben in der neuen Legislaturperiode auch mit Nachdruck umgesetzt werden. Dazu gehören die in der Präambel benannten zentralen Absichten, unsere offene und demokratische Gesellschaft zu verteidigen und allen entschieden entgegentreten zu wollen, die Ressentiments schüren oder gar Hass predigen. Darüber hinaus sollen alle Kinder ihr Potential entwickeln und nutzen können. Der Zugang zu bester Bildung ist zu ermöglichen und Diskriminierung ist zu bekämpfen. Ich erwarte dass die Absichten mit Leben gefüllt werden. Unsere Unterstützung bieten wir gerne an.“

Muscheid: gerechtere Steuerpolitik

Der DGB-Vorsitzende Dietmar Muscheid nannte die GEW in seinem Grußwort „unsere erfolgreiche Bildungsgewerkschaft im DGB“ und dankte für die hervorragende Arbeit. Wie Klaus-Peter Hammer hob auch er das gewerkschaftliche Engagement für Toleranz hervor und bezeichnete die AfD als Partei von Ewiggestrigen, die aus der Geschichte nichts gelernt hätten. Muscheid: „Wir stellen uns entschieden dagegen.“ Es gehe nun darum, die Köpfe derer, die im März falsch gewählt hätten, zurückzugewinnen. Der DGB-Chef: „Wir stehen dazu, dass Verfolgten geholfen

wird.“ Nun müsse die Integration organisiert werden, wozu die erforderlichen finanziellen Mittel bereitgestellt werden müssten. Auch im Zusammenhang mit dem Koalitionsvertrag und dem dort formulierten Stellenwert von Bildung sowie anderen dringenden sozialen Problemen, die die Gesellschaft auseinanderdriften ließen, müsse „mehr Geld in die Hand genommen“ werden. Unabdingbar dafür sei eine gerechtere Steuerpolitik.

Michael Blug, Landesbezirksleiter Rheinland-Pfalz/Saar von ver.di, lobte das entkrampfte Verhältnis von ver.di und GEW, was in anderen Regionen nicht so der Fall sei. Versuche von Arbeitgeberseite in der Tarifrunde, die beiden Gewerkschaften gegeneinander auszuspielen, seien gescheitert. Gemeinsame Aufgabe sei, auch künftig die Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe voranzutreiben. Die öffentliche Daseinsvorsorge benötige gut qualifiziertes und bezahltes Personal.

Rechenschaftsbericht der Vorsitzenden

Erfahrene TeilnehmerInnen von Gewerkschaftstagen graut es normalerweise vor drögen Rechenschaftsberichten. Ein probates Gegenmittel hatten der Landesvorsitzende Klaus-Peter Hammer sowie seine Stellvertreterinnen Sylvia Sund und Sabine Weiland mit einer unterhaltsamen medialen Inszenierung der Arbeit der vergangenen vier Jahre zu bieten. Mündliche Ausführungen wurden dabei ergänzt durch aussagekräftige Fotos und Filmspots. Das Leitungsteam gliederte seine Ausführungen in 20 Überschriften. Angesprochen wurden dabei stichpunktartig: Tarifauseinandersetzungen, Aktivitäten mit dem DGB, Bündnisse mit anderen Organisationen, Gespräche mit politischen Parteien, Verbänden, Kirchen usw., die Wirkung nach außen und Presseaktivitäten, Veranstaltungen, Fachtagungen, Internationale Beziehungen, Zusammenarbeit mit der Bundes-GEW, Tarifarbeit und Beamtenpolitik, Organisations- und Personalentwicklung und schließlich Beratungs- und Gremienarbeit.

gh

Antragsberatung:

Beraten – zugestimmt – abgelehnt

Der Gewerkschaftstag hat zu Beginn der Antragsberatung drei Dringlichkeitsanträge diskutiert, die alle angenommen worden sind.

Einer dieser Anträge „Vielfalt ist Stärke“ zielt darauf ab, die neue Landesregierung bei der Umsetzung des Koalitionsvertrages zu „begleiten“. Dabei erwarten die Delegierten des Gewerkschaftstages, dass die angekündigten gesellschafts- und bildungspolitischen Vorhaben in der neuen Legislaturperiode auch mit Nachdruck umgesetzt werden. Ein anderer Antrag „Kein Drohnenkrieg – Stopp Ramstein“ ruft zur Teilnahme an einer Menschenkette auf. Der dritte Antrag „Einweisung in das Eingangsamt des Lehramtes an Realschulen plus“ fordert die Landesregierung auf, im Landeshaushalt 2017/2018 und folgende eine ausreichende Anzahl von A 13-Stellen einzustellen, damit alle Lehrkräfte nach Bestehen der Wechselprüfung II in das Lehramt an Realschulen (A13) eingewiesen werden können.

Höhepunkt der Antragsberatung war die Debatte um eine Frauenquote in der GEW, in der es um eine bessere Beteiligung von Frauen in den Beschlussgremien der GEW durch die Einführung einer Quote gegangen ist. Dazu gab es eine längere Aussprache, in der zahlreiche Kolleginnen und Kollegen sehr leidenschaftlich und kontrovers, dabei aber auch sachlich und kollegial miteinander diskutiert haben. Befürworter und Kritiker einer Quote haben mit zahlreichen guten Argumenten, stichhaltigen Begründungen und Berichten über eigene Erfahrungen versucht, die Abstimmungsberechtigten für Zustimmung oder Ablehnung zu gewinnen. Am Ende wurde über einen Antrag des Landesfrauenausschusses, der die Beteiligung von Frauen in den Beschlussgremien per 50%-Quote verbessern will, per geheimer Wahl abgestimmt. 46 der Delegierten stimmten für und 68 der Delegierten gegen den Antrag. Der Antrag wurde damit abgelehnt, zumal für einen satzungsändernden Antrag eine 2/3-Mehrheit benötigt worden wäre.

Unter den zahlreichen Anträgen, die beschlossen worden sind, waren unter anderen Anträge zu den Themen Senkung der Unterrichtsverpflichtung, Wiedereinführung der Altersermäßigung, Lebensphasengerechtes Arbeiten, Arbeits-und Gesundheitsschutz, Gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit, Vertretungsverträge über die Sommerferien hinweg, Fortführung der Altersteilzeit, Zusatzqualifikation für Pädagogische Fachkräfte an Schulen, Verbesserung der Ausbildungsbedingungen im Vorbereitungsdienst, Absenkung von Klassenmesszahlen, Schulbesuch von Flüchtlingen, Ausbau der Schulsozialarbeit, mehr Mittel für Weiterbildung oder Festschreibung eines Bundesqualitätskitagesetzes.

Große Aufmerksamkeit hat ein Antrag zum Thema Zunehmende Digitalisierung in der Arbeits- und LebenswelтIndustrie 4.0 – Arbeit 4.0 – Bildung 4.0 besondere Beachtung gefunden. In der Antragsberatung wurde deutlich, dass Beschäftigte in Bildungs- und Erziehungsberufen von dieser Entwicklung in ihren Arbeitsfeldern besonders betroffen sind. Denn Kinder und Jugendliche benötigen Kompetenzen und Fähigkeiten, die einen produktiven und verantwortlichen Umgang mit neuen Techniken und in der Folge mit gesellschaftlichen Umbrüchen ermöglichen. Die Delegierten waren sich einig, dass die GEW gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften im DGB mehr Einfluss in diesem Prozess gewinnen müssen.

Am letzten Tag des Gewerkschaftstages wurden noch zahlreiche Anträge beraten und verabschiedet. Darunter befand sich auch ein Antrag kritische Auseinandersetzung mit dem islamischen Religionsunterricht an Schulen sowie ein Antrag, der eine Möglichkeit für Flüchtlinge schaffen will, sich in der GEW zu organisieren.

Der Gewerkschaftstag erklärte sich solidarisch mit den französischen und belgischen Gewerkschaftskolleginnen und -Kollegen in ihrem Kampf gegen die Arbeitsmarktreformen der jeweiligen Regierungen.

bh

Wahlen und Verabschiedungen:

Über neunundneunzig Prozent für Klaus-Peter Hammer

(bh/gh) Am zweiten und dritten Tag des Gewerkschaftstages standen neben Antragsberatungen die Neuwahl des Landesvorstands und die Verabschiedung ausscheidender KollegInnen im Mittelpunkt. Klaus-Peter Hammer (53) wurde erneut zum Vorsitzenden gewählt, Sylvia Sund und Sabine Weiland wurden als Stellvertreterinnen bestätigt.

Hammer erhielt 124 von 125 der Delegiertenstimmen und damit eine überragend große Zustimmung. Hammer, der in Waldfischbach-Burgalben lebt, geht in seine dritte Amtsperiode als Vorsitzender. In seiner Rede vor den rund 170 Delegierten und Gastdelegierten erläuterte Hammer die hohen Anforderungen an das rheinland-pfälzische Bildungswesen. „In diesem Zusammenhang spielt die Bildungsfinanzierung eine zentrale Rolle“, so Hammer wörtlich. „Denn nur mit einer deutlich besseren personellen Ausstattung und klaren Beschäftigungsverhältnissen können wir beispielsweise den durch Zuwanderung und Inklusion gestiegenen Anforderungen voll gerecht werden.“ Deutlich kritisierte er die Schuldenbremse als Fessel, die wichtige und notwendige Reformen verhindere. „Folgen wir den Diskussionen um die angeblich hohen Ausgaben im Bildungsbereich, gewinnen wir den Eindruck, es ginge hier nur um Zahlen. In Wirklichkeit geht es aber um Menschen und ihr Entwicklungspotenzial. Was wir heute in Bildung, Integration und Inklusion investieren, wird sich auch für unsere Zukunft mehr als bezahlt machen. Daher fordere ich heute die neue Landesregierung auf, einen neuen Kurs einzuschlagen und die Etats für den Bildungsbereich deutlich auszuweiten.“

Zur stellvertretenden Vorsitzenden wurde erneut ***Sylvia Sund*** aus Zemmer gewählt. Die Förderschullehrerin hat das Amt einer Stellvertreterin seit 2004 inne und zeichnet in der GEW für zahlreiche Arbeitsschwerpunkte verantwortlich. Dazu zählen beispielsweise die Personalrätearbeit, das Thema gelingende Inklusion oder die Lobbyarbeit in Parteien und Ministerien. Außerdem verantwortet Sylvia Sund die Tarifarbeit der GEW im Bereich der Länder. ***Sabine Weiland*** wurde ebenfalls erneut zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Die BBS-Lehrerin hat in der zurückliegenden Wahlperiode die Personalratswahlkommission geleitet und den Personalratswahlkampf 2013 erfolgreich gemanagt. Außerdem gehört die Organisation von Fachtagungen, insbesondere im Bereich der beruflichen Bildung, zu ihren Aufgaben. Sabine Weiland, die in Frankenthal lebt, gilt in der GEW auch als eine Expertin im Bereich der Lehrkräfteeingruppierung.

Heinz Winter aus Mainz-Kastel ist alter und neuer Leiter des Vorstandsbereichs Finanzen und Mitgliederverwaltung. Winter verwies in seiner Bewerbungsrede auf eine positive Haushaltsentwicklung der GEW, die er auf gestiegene Mitgliederzahlen und die ordentlichen Tarifabschlüsse der vergangenen Jahre zurückführt. Die Delegierten wurden auch darüber informiert, dass die GEW Rheinland-Pfalz eine Immobilie erworben hat und 2017 in eine eigene Geschäftsstelle einziehen wird. Zum Stellvertreter wurde ***Ludwig Julius*** aus Mainz gewählt.

Elena Jung aus Mainz und ***Tobias Hase*** aus Eisenberg wurden für den Vorstandsbereich Aus-, Fort- und Weiterbildung gewählt. Dieser Vorstandsbereich wurde auf dem Gewerkschaftstag neu eingerichtet und mit einer Lehrerin und einem Erzieher besetzt.

In den Vorstandsbereich Schulen wurden ***Stefan Jakobs***, Förderschullehrer aus Heidesheim, ***Eva Ockenfuß-Boese***, Gymnasiallehrerin aus Lambrecht, und ***Barbara Peitz*** aus Cochem gewählt. Barbara Peitz arbeitet als Lehrerin an einer Integrierten Gesamtschule.

Christiane Grenda, Grundschullehrerin aus Mainz***, Alexander Witt***, ehemalige Realschullehrkraft aus Stadecken-Elsheim***,*** und Realschullehrer ***Christian Diehl*** aus Worms leiten zukünftig den Vorstandsbereich Tarif- und Beamtenpolitik. Das Team wird eine tarifpolitische Grundschulung für GEW-Mitglieder durchführen, um für eine breitere Basis in der Tarifarbeit zu sorgen. Außerdem geht es dem Vorstandsbereich darum, die Beamtenpolitik in der GEW fortzuentwickeln.

In den Vorstandsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung wurden die BBS-Lehrkräfte ***Daniela Bartkus-Börder*** aus Bad Kreuznach, ***Dr. Sarah Al-Heli*** und ***Georg Feyrer*** aus Mainz gewählt.

Den Vorstandsbereich Gewerkschaftliche Bildung leitet wiederum ***Elisabeth Orth-Jung***, ehemalige Förderschullehrerin aus Bad Kreuznach. Elisabeth Orth-Jung legte den Delegierten das neue Bildungsprogramm der GEW vor, das ab sofort in anderer Form und neuem Layout erstellt und veröffentlicht wird. Als Stellvertreterin wurde ***Lina Held***, Realschullehrerin aus Schauren, gewählt.

Peimaneh Nemazi-Lofink aus Mainz wurde für den Vorstandsbereich Integration, Diversity, Antidiskriminierung gewählt. Sie will das Thema Umgang mit Migration oder mit anderen Kulturen bearbeiten und auch Fortbildungen im Bereich der GEW dazu anbieten.

Dr. Jürgen Blank aus Kaiserslautern wurde wieder zum Leiter des Vorstandsbereiches Hochschule und Forschung gewählt.

Erni Schaaf-Peitz wurde erneut für den Vorstandsbereich Jugendhilfe und Sozialarbeit gewählt. Die Kita-Leiterin aus Wittlich wies in ihrer Vorstellungsrede auf die tolle Entwicklung der GEW in Richtung Bildungs- und Tarifgewerkschaft sowie die gestiegene Bedeutung der rheinland-pfälzischen GEW auf der Bundesebene hin.

Yvonne Rheinganz und ***Jonas Priester*** aus Landau sowie ***Sara Latour*** aus Laumersheim besetzen zukünftig den Vorstandsbereich Junge GEW. Die Lehrerin, der angehende Referendar und die Erzieherin wollen die spezifischen Interessen jüngerer GEW-Mitglieder wahrnehmen und den Generationenwechsel in der GEW vorantreiben.

Rainer Rahn, Realschullehrkraft aus Neustadt an der Weinstraße, ***Christine Münch***,

Erzieherin aus Kirchheimbolanden und Realschullehrer ***Sven Miedreich*** aus Grenderich sind für die Vertrauensleutearbeit in der GEW gewählt worden. Alle drei wollen das Vertrauensleutesystem in Schulen und Kitas ausbauen und pflegen sowie den Informationsfluss zwischen der GEW und diesem Personenkreis sicherstellen.

Dieter Roß, Pensionär aus St. Goarshausen, wurde erneut zum ehrenamtlichen Leiter der Landesrechtsschutzstelle der GEW Rheinland-Pfalz gewählt.

Günter Helfrich aus Ludwigshafen wurde bereits zum sechsten Mal zum verantwortlichen Redakteur der GEW-Zeitung Rheinland-Pfalz gewählt. Der ehemalige BBS-Lehrer wies auf die gute Zusammenarbeit zwischen Zeitungs- und Internetredaktion hin. ***Antje Fries***, ***Karin Helfrich***, ***Dr. Paul Schwarz*** und ***Jonas Priester*** bilden in der nächsten Wahlperiode den Redaktionsausschuss.

Alter und neuer Schriftführer ist der Berufsschullehrer ***Lucas Schmitt*** aus Ludwigshafen.

Elmar Ihlenfeld wurde wiederum zum Datenschutzbeauftragten der GEW gewählt. Der Förderschullehrer aus Grafschaft wies auf die zunehmende Bedeutung des Datenschutzes hin und will Konzepte weiterentwickeln, die den Datenschutz in der GEW betreffen.

Christopher Mühl, Realschullehrer aus Illerich, wurde als Vertreter der Interessen der schwerbehinderten Menschen in der GEW gewählt.

Die neue Schiedskommission bilden jetzt ***Frieder Bechberger-Derscheid, Erika Schmitt-Neßler, Peter Heisig, Renate Winter*** (Stellv.) und ***Rosemarie Kettern*** (Stellv.).

Verabschiedungen

Nach teils jahrzehntelangem Engagement wurden vier vom Gewerkschaftstag gewählte KollegInnen in den gewerkschaftlichen Ruhestand verabschiedet.

Sylvia Sund würdigte ***Klaus Bundrück*** aus Zweibrücken als Rechtsexperten für Beamten- und Beihilferecht, der zahllose KollegInnen unentwegt beraten und diesen damit sehr geholfen habe. Als Mitglied der „Jungen Alten“ in der GEW habe er an den GEW-Broschüren zu Rechtsvorschriften und dem „Arbeitsplatz Schule“ mitgewirkt. In der GEW-Zeitung, für deren Vorgängerzeitung „WSZ“ er einst verantwortlich war, hat Klaus Bundrück zahlreiche Beiträge zu seinen Spezialthemen geschrieben.
Dafür dankt auch die Redaktion sehr herzlich.

Ein „Urgestein des Vorstandbereichs Berufliche Bildung und Weiterbildung“ nannte Klaus-Peter Hammer unsere Kollegin ***Annelie Strack***, die mit hoher Fachkompetenz und riesigem Engagement ihre zahlreichen Aufgaben auf Landes- und Bundesebene bewältigt habe. Durch ihre herausragende Leistung habe sie die GEW entscheidend geprägt und sei auch bei anderen Gewerkschaften sehr anerkannt.

Ebenfalls aus der Beruflichen Bildung kommt ***Gudrun Biehl***. Sabine Weiland betonte, Gudrun habe durch ihre fachkompetente und akribische Arbeit im HPR sowie in der GEW auf Landes- und Bundesebene vieles bewegt.
Abschließend würdigte Klaus-Peter Hammer ***Henning Caspari***, der für die Vertrauensleutearbeit verantwortlich war, dem Landesvorstand aber künftig weiterhin erhalten bleibt, und zwar als Vertreter der Seniorinnen und Senioren. Henning habe in seiner Region in vielen Funktionen die Gewerkschaftsarbeit vorangebracht und auf Landesebene die Vertrauensleutetagungen aufgebaut.

Impressionen vom Gewerkschaftstag

Drei Diven in heiterer Mission

Beim Abendprogramm am ersten Abend des Gewerkschaftstages sorgte das weibliche Trio Konduettina für Heiterkeit. Das Opernmobil von Konduettina ist unverdrossen unterwegs. Aus dem Olymp des subventionierten Kulturbetriebs verstoßen, stürzen die drei Diven in die Tiefen der Provinz, um frohe Kunde zu verbreiten: Die Oper lebt! Kein Zweifel jedoch: die eine oder andere Oper(r)ation tut Not. Frau Pfahl, Frau von Krudewitz und Frau Kühlhals scheuen kein Risiko, die „Oper fürs Volk" zu retten. Dazu wird Puccini in den Supermarkt verlegt, Rossini werden Zaubertricks verordnet, Verdi kommt als Trancetherapie zum Einsatz. Ob hitzige Duette, spritzige Gassenhauer oder kitzlige Moderationen: Die Delegierten sahen eine vergnügliche Show zum Gesundlachen.

Mit großem Beifall würdigten die Delegierten die Leistung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der GEW-Geschäftsstelle beim Gewerkschaftstag.

Öffentliche Veranstaltung

Grußworte, Referat und Podiumsdiskussion

Günter Helfrich & Lucas Schmitt

Traditionell findet am 2. Abend des Gewerkschaftstages eine öffentliche Veranstaltung statt, zu der mehr oder weniger prominente Gäste aus der bildungspolitischen Szene des Landes eingeladen sind. Nach der Begrüßung durch Klaus-Peter Hammer (siehe seinen Beitrag S. 3) sprachen die alte und neue rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer, die GEW-Bundesvorsitzende Marlis Tepe sowie die stellvertretende GEW-Bundesvorsitzende Elke Hannack.

Die folgende Podiumsdiskussion zwischen den Landtagsabgeordneten Bettina Brück (SPD), Marion Schneid (CDU), Helga Lerch (FDP) und Eveline Lemke (Bündnis 90 / Die Grünen) wurde von Elena Jung und Stefan Jakobs moderiert. Musikalisch begleitet wurde die Veranstaltung durch das chilenische Duo „Musikandes“, ein 2008 gegründetes kulturelles Projekt, das die Tradition der lateinamerikanischen Musik wiederaufgenommen hat.

Malu Dreyer: Bildung darf nicht von Herkunft abhängig sein

Die Ministerpräsidentin gratulierte zunächst dem gerade wiedergewählten GEW-Landesvorsitzenden Klaus-Peter Hammer zu seinem beeindruckenden Wahlergebnis und betonte ihre Freude am konstruktiven Dialog mit der GEW. „Vielfalt ist Stärke“, dieses Motto des Gewerkschaftstages sei derzeit einer Nagelprobe ausgesetzt. Zu den aktuellen Wahlerfolgen der AfD sagte sie: „Wir müssen deutlich machen, dass einfache Antworten keine Lösungen bringen, und Menschen, die AfD gewählt haben, zurückgewinnen.“ In diesem Zusammenhang seien auch die Schulen gefordert. Dreyer lobte die gute und konstruktive Arbeit in der Ampelkoalition: „Wir wollen unser Schulsystem gemeinsam weiterentwickeln.“ Bildung dürfe nicht von der Herkunft abhängig sein. Stichwortartig umriss sie, wie dieses Ziel erreicht werden soll, und zwar unter anderem durch…
…mehr Integrierte Gesamtschulen
…mehr integrative Realschulen plus
…mehr Schwerpunktschulen
…die Stärkung der Selbstständigkeit der Schulen.
Malu Dreyer abschließend: „Wir sehen Inklusion als Menschenrecht!“

Marlis Tepe: GEW im Aufwind

Die GEW-Bundesvorsitzende Marlis Tepe hob hervor, dass die GEW im DGB inzwischen die viertgrößte Gewerkschaft sei. Durch die wachsenden Mitgliederzahlen sei die GEW Rheinland-Pfalz innerhalb unserer Landesverbände von Platz 12 auf Platz 7 vorgerückt. Tepe: „Wir können feststellen, dass die Stimme der GEW innerhalb des DGB und gegenüber den Parteien wieder einen stärkeren Stellenwert hat. Auf Bundesebene habe sich die GEW vier Schwerpunkte gesetzt:
1. die Arbeitsbedingungen an Schulen, Kitas etc.
2. die gelingende Inklusion
3. die LehrerInnen- bzw. PädagogInnenbildung
4. die Organisationsentwicklung innerhalb der GEW

Zum Schluss ihres Grußwortes stellte Marlis Tepe zwei Forderungen:
1. „Bildung kann nicht warten. Flüchtlingskinder müssen frühzeitig in die Schule gehen können.“
2. „Grundschullehrkräfte müssen nach A 13 bezahlt werden.“

Elke Hannack: Keine Schmalspurausbildungen für Geflüchtete

„Weiblich, gebildet, wachsend, streitbar und pragmatisch“ – das mache die GEW aus. Mit diesen fünf Eigenschaften sei die GEW ein besonderes Mitglied der DBG-Familie, so Elke Hannack, die stellvertretende Vorsitzende des DGB-Bundesvorstand, in der Eröffnung ihres Referates. Als Gast des Gewerkschaftstages hatte sie bereits den ganzen Tag an der Veranstaltung in Mainz teilgenommen und die inhaltlichen Diskussionen der Delegierten verfolgt. Elke Hannack betonte die Wichtigkeit der Bildungsgewerkschaft: „Die Themen der GEW sind ganz wesentlich bei der Entscheidung über den gesellschaftlichen Zusammenhalt“, vor allem das Gelingen von Integration hänge von einem erfolgreichen Bildungswesen ab, vom Kindergarten bis zur Hochschule. So beschäftigte sich die stellvertretende Bundesvorsitzende im Laufe ihres Vortrags mit allen wichtigen Bereichen der Bildungspolitik. Ausgehend von der Frage „Wie steht es um unser Bildungssystem?“ zog Hannack eine gemischte Bilanz. Die Zahl der Abgänger ohne Bildungsabschluss sei weiterhin bedrückend hoch und Bildung von Flüchtlingen stelle eine große Aufgabe dar, denn „auch für diese Kinder gilt das Menschenrecht auf Bildung!“. Um hier erfolgreich zu sein,

brauche Deutschland – so Elke Hannack – mindestens 24.000 zusätzliche Lehrkräfte, 6.000 Sozialarbeiterinnen und 13.000 Erzieherinnen.

Besondere Aufmerksamkeit widmete die Gewerkschafterin dem Bereich der Kindertagesstätten. Die großen Anstrengungen der Länder, Kommunen und auch der Fachkräfte hätten sich gelohnt. Die nächste große Herausforderung in diesem Bereich stelle nun die Qualitätsentwicklung und die Verbesserung des Betreuungsschlüssels dar. Hannack fordert in diesem Zusammenhang ein Bundesgesetz für gute Arbeit und höchstmögliche Qualität in Kindertagesstätten. Elke Hannack: „Ich finde, dass die Selbstverpflichtungen der Länder hier nicht ausreichen, wir haben uns dies lange genug angeschaut!". Großer Applaus im Saal.

Auch im Bereich der Ganztagsschule könne sich die Bilanz sehe lassen, die Anzahl der Ganztagsschulen habe sich in den letzten Jahren mehr als verdoppelt. Das grundlegende Problem stelle allerdings der „Wildwuchs und ein Mangel an Qualität dar". Hier müsse dringend nachgearbeitet werden. Die neue Schulform biete vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten, große pädagogische Chancen blieben bisher leider ungenutzt, denn es fehle ein pädagogisches Gesamtkonzept für die Ganztagsschule. Hannack: „Gute Ganztagsschule braucht ein Bildungskonzept!"

Im Bereich der beruflichen Ausbildung analysierte die stellvertretende Bundesvorsitzende die erheblichen Probleme beim Übergang von der Schule in den Beruf: „2015 meldeten die Arbeitgeber 41.000 offene Ausbildungsplätze, während sich 270.000 Jugendliche in Warteschleifen befinden". Besonders Hauptschulabgänger seien davon betroffen. Hannack fordert deshalb in ihrer Rede einen Paradigmenwechsel: „Wir müssen weg von Ausbildungsvorbereitung, hin zu betrieblicher Ausbildung... bei Bedarf eben mit professioneller Ausbildungsbegleitung". Eine zentrale Rolle spiele in diesem Zusammenhang die Berufsschule: „Wir brauchen ein flächendeckendes Angebot an guten Berufsschulen mit guten Berufschullehrern. Warum sollten nicht Bund und Länder einen Berufsschulpakt schmieden?" In Bezug auf die hohe Zahl von Flüchtlingen warnte Hannack vor einer schleichenden Veränderung der Ausbildungsbedingen: „Was wir nicht brauchen, sind Schmalspurausbildungen für Geflüchtete!" Die Vorsitzende berichtete von entsprechenden Vorstößen der Arbeitgeber. Was bei Mindestlohn noch nicht gelungen sei, versuchten jetzt arbeitgebernahe Bildungsforscher durchzusetzen. Als stellvertretende DGB-Vorsitzende bezog Elke Hannack hier klar Stellung: „Flüchtlinge dürfen keine Schüler und Schülerinnen zweiter Klasse sein und sie dürfen auch keine Auszubildenden zweiter Klasse sein!".

Am Ende des Referates betont Elke Hannack, dass die Länder diese Herausforderungen alleine nicht schultern können, ohne den Bund gehe es nicht. Unter dem Applaus der Zuhörerinnen und Zuhörer fordert sie deshalb: „Dieses unsinnige Kooperationsverbot gehört endlich aus dem Grundgesetz gestrichen!". Hannack: Als Deutscher Gewerkschaftsbund wolle man eine neue Bildungsoffensive, „es liegen viele Ideen auf dem Tisch". Die stellvertretende Vorsitzende empfiehlt deshalb, alle progressiven Kräfte zu bündeln um eine gesellschaftliche Bildungsstrategie zu formulieren. Ihre abschließende Warnung: „Sollte uns dieser neue Anlauf in Richtung Bildungsrepublik nicht gelingen, dann drohen die Fliehkräfte in unserer Gesellschaft weiter zuzunehmen!".

Podiumsdiskussion: Im Galopp von Kita zu Erwachsenenbildung

Gleich am Anfang der Podiumsdiskussion klärten die Moderatoren die Frage, warum die AfD nicht eingeladen wurde. Stefan Jakobs: „Die AfD muss professionell in der parlamentarischen Auseinandersetzung gestellt werden, wir als GEW bieten der AfD keine Bühne. Deshalb ist diese Partei hier nicht vertreten!". Applaus im Saal!

Die Zeit war knapp. Aufgrund eines eng gestaffelten Tagungsprogramms blieben nur knapp 60 Minuten für die Diskussion der fünf Themenschwerpunkte. Alle Beteiligten drückten gewaltig auf die Tube.

Kita-Bereich – Evaluation und sukzessive Weiterentwicklung

GEW: Wir befinden uns immer noch auf dem Weg von der Betreuungseinrichtung zur Bildungseinrichtung. Welche konkreten Maßnahmen sieht die Regierung vor, um die Qualität der Kitas auszubauen? Wie werden Fachkräfte unterstützt? Welche konkreten Schritte sieht die neue Landesregierung vor?

Die Diskutanten hielten sich mit konkreten Aussagen zurück, die Verhandlungen über den Haushalt stünden ja erst noch bevor. Helga Lerch (FDP) berichtet über die Absicht der Regierung, das Fortbildungsprogramms für Fachkräfte sozialpädagogischer Einrichtungen fortzusetzen und zu erweitern sowie die Absicht, Kitas verstärkt für externe Partner, etwa Künstler oder Musikschulen, zu öffnen. Helga Brück (SPD): „Wir wollen die Steuerungsmechanismen und Finanzierungsmodalitäten im Kindertagesstättenbereich evaluieren und auf den Prüfstand stellen". Erst danach werde an den richtigen Stellschrauben gedreht. Brück unterstützt ein Bundesqualitätsgesetz, „mit einer Einschränkung: es darf nichts Schlechteres dabei herauskommen als das, was wir jetzt in Rheinland-Pfalz haben. Wir sind gegenüber anderen Bundesländern sehr weit."

GEW: Wie sieht es mit einer Entlastung der Fachkräfte aus, wo bleiben die zusätzlichen Stellen? Wie viele Stellen werden kommen und wo bekommen Sie das Personal her?

Eveline Lemke (B90 / Grüne) verweist in ihrer Antwort auf die erfolgreiche Arbeit der letzten Regierung. Die neue Regierung

wolle die Situation weiter verbessern, es gehe allerdings um eine „sukzessive Weiterentwicklung". Marion Schneid (CDU) ist der Meinung, dass die Qualität der Kitas gesteigert werden müsse, die CDU setze sich darum weiterhin für gestaffelte Elternbeiträge ein. Der Betreuungsschlüssel müsse ihrer Meinung nach weiter reduziert und der Kindergartenausbau fortgesetzt werden. Schneid: „Wir brauchen dringend mehr Erzieherinnen und der Beruf muss attraktiver gemacht werden!"

Schulen und Inklusion – Es geht um die Ausstattung

GEW: Der Koalitionsvertrag ist unterzeichnet, wo hat die FDP im Bereich Schule und Inklusion ihre Duftmarken gesetzt?
Helga Lerch (FDP) erklärt, dass die Förderschule weiter Bestand habe und Eltern nach wie vor frei entscheiden könnten, ob sie ihre Kinder in einer Schwerpunkt- oder Förderschule anmelden: „Freier Elternwille das ist das, was sich fortschrittliche Politik auf die Fahnen schreiben sollte." Ergänzend sei natürlich eine intensive Beratung und Begleitung der Eltern geplant.

GEW: Wie sieht es mit der Ausstattung der Schulen aus? Die Grünen forderten im Wahlkampf 1.000 neue Lehrerstellen. Frau Lemke, wann geht's los?
Eveline Lemke (B90 / Grüne) verweist auch hier wieder auf Erfolge der letzten Regierung und auf die noch bevorstehenden Haushaltsverhandlungen. Erfolgreiche Inklusion brauche intensive Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer in diesem Bereich, und das koste Geld.

GEW: Die CDU hat bis zuletzt am Erhalt des mehrgliedrigen Schulsystems und aller Förderschulen festgehalten. Wird dies den Anforderungen einer inklusiven Gesellschaft gerecht?
Marion Schneid (CDU): „Wir wollen Inklusion, aber ich muss die Ressourcen dafür bereitstellen." Dabei gehe es der CDU um bauliche Maßnahmen bis hin zur Verbesserung der Personalausstattung an Schwerpunktschulen. Leider gebe es bisher bei der Ausstattung der Schulen große Unterschiede zwischen Förder- und Schwerpunktschule und dies beeinflusse die Anmeldeentscheidung der Eltern.

Hochschule – Der Bund ist gefragt!

GEW: Der Koalitionsvertrag spricht von vielen Sonderprogrammen für die Hochschulen, das Problem bleibt die Grundfinanzierung. Wie wollen Sie – neben den Sonderprogrammen – die Finanzierung der Hochschulen auf solide Beine stellen?
Eveline Lemke (B90 / Grüne) berichtet, dass der Hochschulpakt laufe und bemerkt, dass 300 bereits geschaffene Stellen ein guter Schritt seien. Lemke: „Als Land können wir die nächsten Schritte nicht alleine packen und sind auf Zusammenarbeit mit dem Bund angewiesen", das Kooperationsverbot behindere allerdings die Weiterentwicklung der Hochschule, hier müsse weitere „Arbeit Richtung Berlin" geleistet werden.

Fort- und Weiterbildung / Erwachsenenbildung – Ein Ort prekärer Arbeitsverhältnisse

GEW: Eine GEW-Studie zeigt auf, dass in RLP nur 0,2 % des Bildungsetats für die Finanzierung der Volkshochschulen ausgegeben wird. Unser Land liegt damit unter dem Bundesschnitt (0,34%), die Volkshochschulen bleiben damit unterfinanziert. Die Erwachsenenbildung – vor allem bei den Sprach- und Förderkursen – sei weiterhin ein Ort prekärer Arbeitsverhältnisse.
Bettina Brück (SPD) erklärt, dass die Grundfinanzierung der Volkshochschulen durch das Land gesichert sei aber die Lehrkräfte nicht beim Land eingestellt sind. Eine Verbesserung der Situation funktioniere deshalb nur in einer Zusammenarbeit mit den entsprechenden Weiterbildungsträgern. Natürlich sei es Wunsch der Landesregierung, die Weiterbildung weiter zu verstärken, allerdings stelle sich die Frage, was im Landeshaushalt machbar sei. Im letzten Haushalt gebe es bereits eine kleine Verbesserung, die SPD hoffe, im neuen Bildungshaushalt weitere Fortschritte zu erzielen.
Marion Schneid (CDU) weist in ihrem Redebeitrag auf befristete Verträge und schlechte Bezahlung von Sprachförderkräften hin: „Vielfach wissen die VHS-Lehrkräfte nicht, ob sie den nächsten Kurs bekommen". Nach ihrer Einschätzung wird uns das Thema – über die Flüchtlingsproblematik hinaus – nicht loslassen, es wird sicherlich ein Thema für die Zukunft sein. Helga Lerch (FDP) hält das Thema Weiterbildung für ein zentrales Thema, auch unter dem Gesichtspunkt des demographischen Wandels mit einer immer älter werdenden Bevölkerung: „Wir lernen ja ständig weiter und müssen es ja auch."

Altersteilzeit – Ich denke, wir sind auf Ihrer Seite!

GEW: Die Regelungen der Altersteilzeit laufen Ende des Jahres aus. Was ist geplant, was kommt da auf uns zu?
Bettina Brück (SPD) erläutert, dass die Altersteilzeit im Moment einer Evaluation durch das Finanzministerium unterliegt. Die Politik müsse die Ergebnisse abwarten. Brück: „Wir gehen davon aus, dass es sinnvoll ist, die Altersteilzeit für Lehrerinnen und Lehrer fortzuführen", auch in der SPD-Fraktion werde eine Fortsetzung der Altersteilzeit für diese Berufsgruppe unterstützt. Brück „Ich denke, wir sind dabei auf ihrer Seite und würden die Altersteilzeit gerne fortführen."
Helga Lerch (FDP): „Die FDP geht da sehr weit. Warum soll der Staat den Menschen vorschreiben, wie lange sie arbeiten sollen?" Lerch befürwortet eine freie Entscheidung des Einzelnen, wie lange er arbeiten möchte: „Natürlich hat einer, der mit 60 aufhört, nicht die Pension oder Rente, wie wenn einer länger arbeitet; prinzipiell aber sollte der Staat Rahmenbedingungen schaffen, damit diese Freiheit möglich ist." Die FDP unterstütze ein Modell, das Lehrkräften ermöglicht, früher als gewöhnlich in den Ruhestand zu gehen, aber auch länger zu arbeiten.
Nach dicht gepackten 60 Minuten ging die Podiumsdiskussion zu Ende. Das Publikum im Saal erlebte einen lebhaften Galopp durch fünf bildungspolitische Themengebiete. Zu einer wirklichen Diskussion kam es leider kaum, was neben dem engen Zeitplan auch an der spürbaren Zurückhaltung der Diskutanten lag. Der Koalitionsvertrag wurde zum Zeitpunkt der Veranstaltung gerade erst unterzeichnet, die Haushaltsverhandlungen standen erst noch bevor; vor der Landtagswahl wäre die Diskussion sicherlich viel kontroverser verlaufen. So demonstrierten die drei Vertreterinnen der Regierungskoalition Einigkeit, während Marion Schneid von der CDU in nur wenigen Punkten Akzente setzen konnte. Die beiden Moderatoren Elena Jung und Stefan Jakobs sorgten mit ihrer souveränen Gesprächsleitung für eine abwechslungsreiche und informative Veranstaltung.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Rheinland-Pfalz

// FACHTAGUNG //

Gesamtschulen stärken

Gesamtschultag 2016

Donnerstag, 15. September 2016
09:30 Uhr – 16:00 Uhr

Integrierte Gesamtschule Kurt Schumacher
Albrecht-Dürer-Str. 30, 55218 Ingelheim

PL-Aktenzeichen: 16ST15002

www.gew-rlp.de

Forum 1
// Wege zum erfolgreichen mathematischen Problemlösen im Mathematikunterricht //
Christiane Bauer (IGS Kurt Schumacher, Ingelheim)

Forum 2
// Vorbereitung und Durchführung eines Oral Exam als Klassenarbeit, Stufe 7 bis 10 //
Bettina Behrens (IGS Kurt Schumacher, Ingelheim)

Forum 3
// Darstellendes Spiel in der MSS, Theatergeschichte und Schauspieltheorien spielend erforschen //
Barbara Hahn-Setzer (Eduard–Spranger–Gymnasium, Landau)

Forum 4
// Musikunterricht in der MSS //
Jörg Safferling (IGS Ernst-Bloch, Ludwigshafen)

Forum 5
// Von Gesellschaftslehre zu Erdkunde/Geschichte/Sozialkunde – die Gestaltung des Übergangs Sek I/MSS //
Katja Bewersdorf (IGS Mainz-Bretzenheim)

Forum 6
// Berufsorientierung als inklusive Herausforderung //
Tammo Scherr (Fritz-Walter-Förderschule, Kaiserslautern), Christine Reitz (Clemens-Brentano-/Overberg Realschule plus, Koblenz)

Forum 7
// Die erfolgreiche Förderplankonferenz – ein praxiserprobtes Konzept zur effektiven Förderplanung //
Carolin Helm (IGS Nieder-Olm), Stefanie Weber (Förderschule im Kreis Germersheim, Standort Nardini-Schule)

Forum 8
// Förderung an der Schwerpunktschule – Vielfalt gemeinsam leben //
Kerstin Kühnt, Katrin Bichler (IGS Bertha-von-Suttner, Kaiserslautern)

Forum 9
// Das Förder- und Beratungszentrum (FBZ) – eine Chance für Unterstützung? //
Jochen Sachsenhauser (Diesterweg-Schule Koblenz, Förder- und Beratungszentrum FBZ)

Forum 10
// Wie wird ein Kind zum I-Kind? //
Connie Burkert-Schmitz (Fritz-Walter-Förderschule, Kaiserslautern)

Forum 11
// Den Übergang von der Primar- in die Sekundarstufe gestalten //
Stefan Jakobs (Brüder-Grimm-Schwerpunktschule Ingelheim)

Forum 12
// Unser Weg zum Abitur - Die gymnasiale Oberstufe an einer IGS: Konzept – Probleme – Lösungen //
Christian Goldschmitt (BM Mainz)

Forum 13
// Das Ganztagskonzept der IGS Mainz Bretzenheim: Fit for Future, Fit für's Leben" //
Mechthild Groß-Forst (IGS Mainz-Bretzenheim)

Forum 14
// Erlebnispädagogik und erfahrungsorientiertes Lernen im Klassensaal//
Jörg Köhler (IGS Nieder-Olm)

Forum 15
// Trommel-und Percussionworkshop: Ein nonverbales Unterrichtskonzept für sehr heterogene Lerngruppen //
Andreas Mertens (IGS Herrstein-Rhaunen)

Forum 16
// Einsatz von iPads im Unterricht //
Agnes Hesse-Bokor (IGS Kurt Schumacher, Ingelheim) und Frank Fülber (Kreisverwaltung Mainz-Bingen/Schulträger)

Forum 17
// Schulentwicklung und Gesundheit – das passt zusammen! //
Bettina Kubanek-Meis, IGS Wuppertal-Barmen

Forum 18
// Möglichkeiten und Herausforderungen von Sozialer Arbeit im Kontext inklusiver Schulen //
Prof. Dr. Felder (Hochschule Koblenz)

Ausführliche Beschreibungen der Inhalte der Foren auf:
www.gew-rlp.de

Folge uns auf:
facebook.com/gew.rlp
twitter.com/gew_rlp

oder abonniere unseren Newsletter auf:
www.gew-rlp.de

Forum 19
// Praxistag : Akademie Schülergenossenschaft in Salmtal //
Jutta Okfen (IGS Salmtal)

Forum 20
// Die „Herausforderung" – eine alternative Form der Klassenfahrt als Bestandteil des Konzepts der IGS Landau //
Andreas Gerdon (IGS Landau)

Forum 21
// Herausforderung Heterogenität: Lernen in Lernbüros //
Rainer Fischer, Michael Horst (IGS Ludwigshafen-Edigheim)

Forum 22
// Vorhang auf für die Theaterklasse der IGS Koblenz //
Michael Jost (IGS Koblenz)

Forum 23
// Flüchtlingskinder: Sprachlos im Fachunterricht? Wege zum sprachsensiblen Fachunterricht //
Sonja Lux (Universität Mainz)

Forum 24
// Von der pädagogischen Werkstatt lernen ... Projekt „Pädagogische Werkstatt" an IGS in RLP //
Dagmar Birro (Pädagogisches Landesinstitut, Speyer)

Forum 25
// Was ist noch „I" an der IGS in RLP? //
Stefan Müller-Dittloff (BM Mainz)

Jedes Forum dauert **90 Minuten**, d.h. jede Teilnehmerin **wählt 2 verschiedene Foren.**

Ablauf

bis 09:30 Uhr
Offener Beginn, Anmeldung

09:30 – 10:00 Uhr
Begrüßung, Organisatorische Hinweise

10:00 – 11:00 Uhr
Gesamtschule Wuppertal-Barmen – SCHUL$_e$ – MIT – WIRKUNG
Vortrag: Bettina Kubanek-Meis

11:00 – 12:30 Uhr
Foren

12:30 – 14:00 Uhr
Mittagspause

14:00 – 14:30 Uhr
Aufführung Darstellendes Spiel der IGS Ingelheim

14:30 – 16:00 Uhr
Foren

Organisatorisches

Anmeldung: Bis zum **06.09.2016** online über **www.gew-rlp.de/veranstaltungen.**

Kosten: Es wird kein Tagungsbeitrag erhoben.
Die Kosten für das Mittagessen übernimmt die GEW

Veranstalter:
GEW Rheinland-Pfalz
Neubrunnenstraße 8, 55116 Mainz
Telefon: 06131/28988-0
www.gew-rlp.de

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Rheinland-Pfalz

Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule Rheinland-Pfalz
Landesvorstand:
Rosemi Waubert de Puiseau/ Wolfgang Thiel
An der Bruchspitze 77, 55122 Mainz
E-Mail: ggg.rlp.vorstand@gmail.com
www.ggg-rlp.org

GGG

Persönliches Portrait der neuen Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig

Nur gute Erinnerungen an die eigene Schulzeit

Sehr geehrte Frau Dr. Hubig, herzlichen Dank, dass Sie sich kurzfristig Zeit für uns genommen haben. Ihre Ernennung hat für Überraschung gesorgt. Bei Ihnen am meisten?
Ich weiß nicht, bei wem die Überraschung am größten war. Aber es war für mich sehr unerwartet, dass mich die Ministerpräsidentin gefragt hat, ob ich in Rheinland-Pfalz Bildungsministerin werden möchte. Die Aufgabe war eine Überraschung, der Arbeitsort aber nicht: Ich lebe seit 2008 in Rheinland-Pfalz mit meinem Mann zusammen hier in Mainz. Aber das Thema ist für mich natürlich neu, das kann und will ich gar nicht verhehlen.

Aus Ihrer Vita erfahren wir einiges über Ihren beruflichen Weg. Erzählen Sie uns auch etwas über Ihren familiären Hintergrund?
Mein Vater ist gelernter Bergmann, hat später auf dem zweiten Bildungsweg im Abendgymnasium Abitur gemacht und danach Volkswirtschaft studiert, meine Mutter ist Kinderkrankenschwester. Ich habe eine fünf Jahre ältere Schwester, die ebenfalls Juristin ist. Mein Mann arbeitet als Professor der Psychiatrie und leitet die Klinik für Psychiatrie an der Universität Mainz.

Sie sind auch für frühkindliche Bildung zuständig. Wie war das denn bei Ihnen?
Dass die frühkindliche Bildung wieder zum Bildungsministerium gehört, freut uns alle, da wir die gesamte Bildungskette jetzt wieder unter einem Dach vereint haben. Ich freue mich auf dieses spannende Thema: Bei mir persönlich ist das Thema in meiner Kindheit allerdings nicht so spannend gewesen: Ich war am Anfang in einem Kindergarten, dann war ich jedoch immer wieder krank, sodass meine Eltern beschlossen haben, mich zuhause zu lassen. Das war aber oft ganz schön langweilig für mich. So konnte ich nur partizipieren, an dem, was meine Schwester schon gekonnt hat – ich habe jeden Tag gewartet, dass sie aus der Schule kommt, und wollte dann alles erfahren. Und ich konnte mit den vielen Kindern, die bei uns im Dorf gewohnt haben, spielen.

Foto: Bildungsministerium

Grundschulen sind pädagogisch und didaktisch sehr innovativ. Haben Sie davon partizipieren können oder eher die strenge bayerische Paukschule ertragen müssen?
Ich bin ein Jahr in Nordrhein-Westfalen und drei Jahre in Bayern in die Grundschule gegangen. Das war keine strenge bayerische Paukschule. Wir lebten in einem relativ kleinen Ort, dadurch war die Grundschule auch klein. Der Unterricht war richtig gut. Wir hatten sogar Förderung für Kinder, die ihre Aufgaben besonders schnell oder auch langsam lösen konnten. Insoweit war die bayerische Grundschule vielleicht sogar innovativ.

Was waren im Gymnasium Ihre Lieblingsfächer, welche mochten sie ggf. gar nicht?
Ich bin richtig gerne zur Schule gegangen. Allerdings kann ich nicht behaupten, dass mir die Fächer, die heute MINT-Fächer genannt werden, besonders gelegen hätten. Meine Lieblingsfächer waren Deutsch, Geschichte, Englisch, Latein. Das klingt etwas langweilig, war aber eine gute Grundlage, um später einiges studieren zu können, wenn man nicht gerade in die Naturwissenschaften streben will.

Gab's Lehrkräfte, die Sie geprägt haben oder umgekehrt Sie heute noch in Albträumen verfolgen?
Zum Glück habe ich keinen Lehrer und keine Lehrerin gehabt, die mich in Albträumen verfolgen würden. Meine Lehrer waren eigentlich alle gut oder sehr gut. Geprägt hat mich ein Lehrer, den ich in der Oberstufe in Latein hatte, weil er die Grenze zwischen Schule und dem, was man aus eigenem Interesse lernt, völlig hat verschwinden lassen. Ich habe dann sogar freiwillig in meiner Freizeit lateinische Texte gelesen.

Was hat Ihre Studienwahl beeinflusst?
Jura habe ich zum einen studiert, weil ich durch meine ältere Schwester wusste, was einen da erwartet. Zum anderen habe ich schon immer gerne nach Lösungen gesucht. Die Art und Weise, wie Juristen Sachverhalte auseinandernehmen und nach gerechten Entscheidungen suchen, hat mir gut gefallen. Das ist auch meine Art zu denken. Außerdem habe ich gedacht, dass man mit Jura später viele verschiedene Berufe ergreifen kann. Ehrlich gesagt: Noch lieber hätte ich Altphilologie studiert. Aber das war – aus Sicht meiner Eltern – kein „Brot- und Butter-Studium".

Worum ging es bei Ihrer Dissertation?
Meine Doktorarbeit ist eine rechtsgeschichtliche Arbeit. Ich habe Geschichte immer gemocht und wollte keine rein juristische Arbeit schreiben, das wäre mir zu trocken gewesen. Ich habe über die Geschichte des Vermögensgerichtsstandes promoviert. Das ist eine Vorschrift in der Zivilprozessordnung, die sich über Jahrhunderte entwickelt hat.

Unsere Ministerpräsidentin hat ja Ihre Führungskompetenz gelobt. Was macht für Sie gute Führung aus?
Für mich macht gute Führung vor allem aus, im Team zu arbeiten, und zwar auch in hierarchischen Strukturen wie in einem Ministerium. Auch wenn jeder seine eigene Rolle und Funktion hat, arbeitet man gemeinsam an einem großen Ganzen. Wenn man eine Führungskraft ist, muss man diese Rolle annehmen und manchmal eben auch entscheiden. Diese Entscheidungen müssen aber im Diskurs mit den Beteiligten erfolgen, nicht aus dem Bauch heraus und im Alleingang. Das kann auch mal bedeuten, gegen die Mehrheit zu entscheiden, weil man den Sachverhalt fachlich anders sieht.

Zu guter Führung gehört für mich außerdem, jedem den Raum zu geben, den er braucht, und die einzelnen Mitarbeiterinnen zu fördern und zu entwickeln.

Wie sehen Ihre ersten 100 Tage im neuen Amt aus?
Meine Planung für die ersten 100 Tage – und ehrlich gesagt auch für die restlichen vier Jahre und 265 Tage – ist zu lernen und mich in die neue Materie einzuarbeiten. Ich führe jetzt ganz viele Gespräche, möchte ganz viele Beteiligte kennenlernen. Seit Anfang Juni habe ich begonnen, Schulen in Rheinland-Pfalz zu besuchen, spreche dort mit Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften, Eltern und auch mit der Schulaufsicht. Hinzukommen Gespräche mit Verbänden und natürlich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Hause. Da lernt man schon eine ganze Menge hinzu. Ganz wichtig zuletzt auch: Ich lese jede Menge Vermerke und mache mich schlau.
Inhaltlich steht eine Reihe von Themen an: die Kita-Novelle, die wir schnell auf den Weg bringen müssen; wir müssen über die Wechselprüfung sprechen, wir haben auch viele Themen im Zusammenhang mit der Inklusion zu bearbeiten, und die Unterrichtsversorgung zum Beginn des kommenden Schuljahres beschäftigt uns ebenfalls sehr. Schließlich steht aktuell die Beschulung von Flüchtlingskindern beziehungsweise deren Spracherwerb in der Kita und die Ausbildung von älteren Flüchtlingen ganz oben auf der Agenda.

Wie entspannen Sie sich, falls es denn mal Zeit dazu geben sollte?
Ich lese gerne, vor allem Romane aus dem 19. Jahrhundert, aber auch viele aktuelle Sachen. Ich handarbeite leidenschaftlich, nähe gerne mit der Nähmaschine, wozu ich leider kaum Zeit habe. Ich mache Yoga und liebe es, draußen an der frischen Luft zu sein. Und ich entspanne mich mindestens genauso gut, wenn ich abends mit Freunden zusammensitze, um zu essen, zu trinken und zu erzählen.

Vielen Dank für das Gespräch!

Interviewfragen: Günter Helfrich

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Rheinland-Pfalz

Tag der frühkindlichen Bildung
„Kultursensitive Frühpädagogik“

Donnerstag, 06. Oktober 2016, 09:00 bis 16:00 Uhr

Universität Koblenz-Landau, Campus Koblenz
Großer Hörsaal, Universitätsstr. 1, 56070 Koblenz

// **Kultursensitive Frühpädagogik** //

Kulturelle Vielfalt ist in Kindertagestätten heute nicht mehr die Ausnahme, sondern gelebte und erfahrene Realität. In den Einrichtungen treffen Eltern, deren Kinder und auch Beschäftigte mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen zusammen. Pädagoginnen und Pädagogen müssen Sensibilität und Toleranz, aber auch Respekt gegenüber anderen Werten und Normen, anderem Rollenverhalten der Geschlechter sowie anderen Familien- und Generationsverhältnissen entwickeln.

Heidi Keller ist eine international renommierte Wissenschaftlerin. Sie hat mit ihrer Arbeit im Bereich der Kultur- und Entwicklungspsychologie maßgeblich zu unserem heutigen differenzierten Verständnis über kulturspezifische Erziehungsziele und -praktiken beigetragen. Ihr kultursensitiver Ansatz erlaubt es, nicht nur das menschliche Grundbedürfnis nach Autonomie, das in westlichen Industrieländern vor allem wertgeschätzt wird, sondern auch das ebenso menschliche Grundbedürfnis nach Verbundenheit in den Blick zu nehmen.

Prof. i.R. Dr. Heidi Keller lehrte am Institut für Psychologie an der Universität Osnabrück und leitete die Forschungsstelle Entwicklung, Lernen und Kultur des Niedersächsischen Instituts für frühkindliche Bildung und Entwicklung . Seit 2011 ist Frau Keller Direktorin des Nevet Greenhouses for Context Informed Research and Practive for Children in Need an der Hebrew University in Jerusalem.

Mit freundlicher Unterstützung von:

Bildungs- und Förderungswerk der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB e.V.
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main

Tagungsablauf

09:00 – 09:45 Uhr
ankommen, anmelden, informieren

09:45 – 10:15 Uhr
Begrüßung durch Klaus-Peter Hammer, Vorsitzender der GEW RLP
Grußwort einer Vertreterin des Ministeriums,
Grußwort Prof. Armin Schneider, Direktor IBEB

10:15 – 11:45 Uhr
„Kultursensitive Frühpädagogik“, Teil 1
Vortrag von Prof. i.R. Heidi Keller

11:45 – 13:15 Uhr
Pause

13:15 – 14:45 Uhr
„Kultursensitive Frühpädagogik“, Teil 2
Vortrag von Prof. i.R. Heidi Keller

14:45 – 15:00 Uhr
Pause

15:00 – 16:00 Uhr
Fachgespräch „Kindertagesstätten 2020“ mit Norbert Hocke, GEW-Hauptvorstand und einer Vertreterin des Ministeriums

Kosten: GEW-Mitglieder kostenfrei/Nichtmitglieder 20 €. Ein Mittagessen und ein Getränk in der Mensa sind für alle inklusive. Die Tagungsgebühr wird vor Ort in bar erhoben.

Anmeldung über www.gew-rlp.de

// **Kindertagesstätten 2020** – ein moderiertes Fachgespräch //

Eine Vertreterin des Fachministeriums und Norbert Hocke vom GEW-Hauptvorstand diskutieren über die Zukunft der Kitas.

Es geht um die Frage, wie unsere Kitas besser finanziert werden können und welche strukturellen Veränderungen notwendig sind. Auch das Thema Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung soll im Fokus stehen. Die Ausbildung der Fachkräfte und die Weiterentwicklung ihrer Arbeitsinhalte sollen ebenso thematisiert werden, wie die pädagogischen Rahmenbedingungen, die notwendig sind, um gute Arbeit leisten zu können.

Bildnachweis: Robert Kneschke - Fotolia.com

GEW Rheinland-Pfalz
Neubrunnenstraße 8, 55116 Mainz
Telefon: 06131/28988-0
Telefax: 06131/28988-80
gew@gew-rlp.de, www.gew-rlp.de

GEW zu Plänen der Ampel-Koalition

Koalitionsvertrag mit Webfehlern

In einer Presseerklärung zur Koalitionsvereinbarung hob der GEW-Landesvorsitzende Klaus-Peter Hammer hervor, die Schuldenbremse verhindere Weichenstellungen für bessere Rahmenbedingungen an den Bildungseinrichtungen; grundlegend falsch sei die Fortführung des Personalabbaus in den Landesbehörden.

Im Koalitionsvertrag der neuen rot-gelb-grünen Landesregierung wird Bildung als eine zentrale politische Schwerpunktsetzung für die nächsten fünf Jahre erkennbar. Es werden wichtige Ziele benannt, wie z.B. die Verbesserung der Unterrichtsversorgung, die Stärkung der Realschulen plus, den weiteren Ausbau von Gesamtschulen, das wohnortnahe Bildungsangebot, den weiteren Ausbau der Inklusion, die Weiterentwicklung der frühkindlichen Bildung und den weiteren Ausbau der Schulsozialarbeit. Doch fehlen in diesem Vertrag klare finanzpolitische Aussagen und Festlegungen, wie die Rahmenbedingungen an den Bildungseinrichtungen konkret verbessert und das notwendige qualifizierte Personal hierfür gefunden und eingestellt werden kann. „Dies ist aus Sicht der GEW der zentrale Schwachpunkt in diesem Koalitionsvertrag. Es zeigt sich erneut, dass es ein Fehler war, die Schuldenbremse in der Verfassung zu verankern. Sie erweist sich nun als Bremse, die dringend notwendige Verbesserungen und Reformen verhindert. Um den zentralen Herausforderungen gerecht zu werden, sind die im Koalitionsvertrag beschriebenen Ziele konkret umzusetzen und die finanziellen Mittel bereit zu stellen“, so der Landesvorsitzende der GEW Rheinland-Pfalz, Klaus-Peter Hammer.

Aus Sicht der GEW ist es ein großer Erfolg, dass der Besuch der Bildungseinrichtungen in Rheinland-Pfalz weiterhin gebührenfrei bleibt. „Dass die Gebührenfreiheit nicht dem Diktat der Schuldenbremse zum Opfer gefallen ist, ist eine wichtige sozialpolitische Entscheidung, über die wir sehr froh sind“, so der Landesvorsitzende Klaus-Peter Hammer weiter. Als einen weiteren GEW-Erfolg sieht Hammer die Beibehaltung des Herkunftsprachenunterrichts an. „Die Bedeutung von Mehrsprachigkeit wird damit unterstrichen. Es bleibt abzuwarten, welche weiteren Schritte unternommen werden, um ein landesweites Sprachenkonzept zu entwickeln. Ebenso ist es ein Erfolg der GEW, dass die in den Tarifrunden ausgehandelten Tarifergebnisse zukünftig auf die Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz übertragen werden sollen. Hier hat man wohl aus den schlechten Erfahrungen der letzten fünf Jahre gelernt. Somit hat sich der Einsatz der GEW in den letzten Jahren gelohnt. Der Beamtenstreik aus dem Jahr 2013 zeigt nun Früchte“, so der GEW-Vorsitzende weiter.

Ein wichtiges und richtiges Signal setzt der Koalitionsvertrag für die Hauptschulkolleginnen und -kollegen an den Realschulen plus, die derzeit die Wechselprüfung zum Realschullehramt anstreben. Sie erhalten eine klare Perspektive für eine Höhergruppierung. „Richtig wäre es, wenn man generell auf diese umständliche und nicht notwendige Prüfung verzichten würde“, so Klaus-Peter Hammer. Er fordert die Koalitionäre auf, diesbezüglich noch einmal nachzudenken. „Ebenso ist die angestrebte Stärkung der Realschule plus wünschenswert, jedoch lässt sich diese nicht primär durch eine Informationskampagne und andere kosmetische Veränderungen erreichen. Vielmehr ist die von der GEW schon von Anfang an geforderte Abschaffung der kooperativen Form, durch die Dreigliedrigkeit reproduziert wird, überfällig“, so der Landesvorsitzende weiter.

Bezogen auf die Weiterentwicklung der Lehrkräftebildung in Rheinland-Pfalz vermisst die GEW in diesem Koalitionsvertrag eine klare Weichenstellung für ein gleichlanges Studium aller Lehrämter, so wie es andere Bundesländer bereits umgesetzt haben. „Damit wäre eine deutliche Aufwertung des Grundschullehramtes verbunden, was mehr als überfällig ist. So bleiben Grundschullehrkräfte nach wie vor weiter abgehängt und werden schlechter besoldet, was in Anbetracht des bevorstehenden Fachkräftemangels an Grundschulen kontraproduktiv ist“, so der Landesvorsitzende.

Die Koalitionäre haben die Weiterbildung klar im Blick. Sie haben die prekäre Beschäftigungssituation der Kolleginnen und Kollegen erkannt, doch fehlt es an Konkretisierungen von Maßnahmen, die das Land selbst unternimmt, um die Beschäftigungsbedingungen im Weiterbildungsbereich zu verbessern. „Der Verweis auf bundespolitische Entscheidungen allein reicht nicht aus. Das Land muss selbst aktiv werden und Geld in die Hand nehmen, damit die Weiterbildung nicht bloßes Lippenbekenntnis ist, sondern den Stellenwert erhält, den sie dringend benötigt. Wir wollen endlich, dass die Kolleginnen und Kollegen fair bezahlt werden“, so der Vorsitzende der GEW Rheinland-Pfalz.

Mit Blick auf die Hochschule zeigen die Koalitionäre, dass sie verstanden haben, in welchem Sinne die Hochschule weiterzuentwickeln wären. Es ist gut, dass man im Blick hat, dauerhafte Beschäftigungsperspektiven für junge Wissenschaftler zu schaffen. Dies ist mehr als dringlich. Doch fehlen konkrete Aussagen, wie dies erreicht werden soll. Die Schwerpunktsetzung auf den Hochschulpakt wird zu weiteren Problemen an den Universitäten führen. So wird es weiterhin befristete Beschäftigungen und fehlende Planungssicherheit geben. Ebenso vermisst die GEW die Benennung von Ansätzen zur Neuaufstellung einer gerechten Hochschulfinanzierung, die dringend notwendig ist.

Ein besonderes Augenmerk hat die GEW auf das Kapitel „Das Land als guter Arbeitgeber“. Hier formulieren die Koalitionäre ihr Bekenntnis für die Entwicklung lebensphasenbezogener Arbeitszeitmodelle, wie sie die GEW gefordert hat. Dies zeigt, dass die Koalitionäre verstanden haben, dass hier großer Handlungsbedarf besteht. Im Koalitionsvertrag fehlen aber leider klare Aussagen bezüglich der Belastungssituation der Kolleginnen und Kollegen an den Bildungseinrichtungen. Konkretisierungen im Bereich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes und Maßnahmen, um den Bedürfnissen älterer Kolleginnen und Kollegen gerechter zu werden, fehlen. „Für uns unverständlich ist, dass es in diesem Koalitionsvertrag keine Aussage über die Weiterführung der Altersteilzeit gibt und dass das Thema Altersermäßigung nicht in den Blick genommen wurde. Hier hätten sich die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen ein deutlich anderes Signal

gewünscht“, so der Landesvorsitzende Hammer. Außerdem vermisst die GEW Aussagen zur spezifischen Beschäftigungssituation der jungen Kolleginnen und Kollegen. „Der Ausbau des Vertretungspools ist eine richtige Maßnahme und zu begrüßen. Jedoch ist nicht klar, ob es immer noch befristete Beschäftigungsverhältnisse geben wird, die vor den Sommerferien enden. Um dem Fachkräftebedarf zu begegnen, muss das Land die Mittel für die hierfür notwendigen Planstellen bereitstellen.“

Grundlage für eine gute Bildung in Rheinland-Pfalz sind gute Rahmenbedingungen. Leider sind Forderungen seitens der GEW zur Verkleinerung von Klassen, vor allem im Bereich der weiterführenden Schulen und der Berufsbildenden Schulen, dem Diktat der Schuldenbremse zum Opfer gefallen.

Generell gilt es festzustellen: Der derzeitige Personalbestand im Bildungsbereich reicht bei Weitem nicht aus, um den extremen Herausforderungen, wie z.B. durch die Zuwanderung von Geflüchteten, gerecht zu werden. Die Streichung von bis zu 2000 Stellen landesweit ist aus Sicht der GEW eine Fehlentscheidung. „Wer einen handlungsfähigen öffentlichen Dienst möchte, der muss, statt Stellen zu streichen, mehr Planstellen schaffen. Es kann nicht sein, dass im Bereich der Schulaufsicht weiter Stellen abgebaut werden. Die Kolleginnen und Kollegen sind hier schon seit Jahren überlastet und wissen nicht, wie sie ihre Arbeit bewältigen sollen.“ Die GEW bemängelt auch, dass bei der Aufzählung der weiterführenden Schulen, im Kontext zur guten Arbeit an diesen Schulen, die Berufsbildenden

Schulen nicht genannt werden. Wir vermissen in diesem Kontext auch die Zusage einer Beschulung von Jugendlichen über 18 Jahren im Hinblick auf Berufsorientierung und Sprachkompetenzerwerb in der Berufsbildenden Schule. Weiterführende Bildung darf nicht mit der Begründung verweigert werden, dass die Volljährigkeit erreicht wurde.

Begrüßenswert ist, dass im Koalitionsvertrag der hohe Wert der frühkindlichen Bildung deutlich gemacht wird. Dazu gehören positiv die Beibehaltung der Beitragsfreiheit sowie die Überführung der frühkindlichen Bildung in das Bildungsministerium.

Allerdings kritisiert die GEW deutlich, dass zur Umsetzung des Bildungsauftrages nach wie vor keine der dringend notwendigen zusätzlichen Ressourcen auf den Weg gebracht werden sollen. So fehlt es an Hinweisen auf eine bessere Erzieherinnen-Kind-Relation, garantierte Zeitressourcen für Leitungstätigkeiten durch entsprechende Erhöhung des Personalschlüssels sowie Hinweise zur Umsetzung des Tarifabschlusses in Bezug auf die Bestellung von stellvertretenden Leiterinnen. Es ist sicherlich richtig, dass man durch eine Bundesratsinitiative versucht, eine Abschaffung des Kooperationsverbotes im Bildungsbereich zu erreichen, doch muss das Land bis dahin die notwendigen Finanzmittel selbst in die Hand nehmen.

pm

Neuer Landesvorstand

Der Landesvorstand der GEW Rheinland-Pfalz ist am 11. Juni zu seiner ersten Sitzung der Periode 2016-2020 zusammengekommen. Klaus-Peter Hammer, GEW-Landesvorsitzender, freute sich, zahlreiche neue Kolleginnen und Kollegen begrüßen zu können, die vom Gewerkschaftstag neu gewählt bzw. bestätigt wurden. Besonders erfreulich sei, dass unter den neuen Landesvorstandsmitgliedern zahlreiche Kolleginnen aus dem Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes sind und damit dieser Organisationsbereich nun stärker vertreten ist. Aus dem Landesvorstand wurden auch einige Mitglieder verabschiedet. Klaus-Peter Hammer dankte Rosemarie Kettern (Kreis Cochem-Zell), Dagmar Manthey (Fachgruppe Grundschule), Hiltraud Schäfer (Kreis Donnersberg), Thomas Schömann (Fachgruppe Hochschule und Forschung) und Karl Peter Stümper (Kreis Ahrweiler) für ihre langjährige Mitarbeit im Landesvorstand. Auf seiner ersten Sitzung traf der Landesvorstand erste Verabredungen zur konkreten Umsetzung der Anträge, die vom Landesgewerkschaftstag beschlossen wurden. Weitere Anträge, die vertagt worden sind, werden auf der nächsten Sitzung des Landesvorstandes behandelt.

Der Landesvorstand wählte aus seiner Mitte sechs Mitglieder in den Geschäftsführenden Vorstand (GV): Daniela Eberz (Fachgruppe sozialpädagogische Berufe), Rainer Rahn (Vorstandsbereich Vertrauensleute), Elena Jung (Vorstandsbereich Aus-, Fort- und Weiterbildung), Christine Münch (Fachgruppe sozialpädagogische Berufe), Jonas Priester (Vorstandsbereich Junge GEW), Elisabeth Orth-Jung (Vorstandsbereich gewerkschaftliche Bildung). Neben den gewählten Mitgliedern gehören dem GV der Vorsitzende, die beiden stellvertretenden Vorsitzenden, der Leiter des Vorstandsbereichs Finanzen und Mitgliederverwaltung, ein Mitglied des Leitungsteams des Vorstandsbereiches Tarif- und Beamtenpolitik sowie je ein Vertreter aus den drei Bezirksvorständen an. *pm*

Migrantenkinder in der Schule:

Überwiegend gute Erfahrungen mit dem bipolaren Modell

Klaus Proost

In der April-Ausgabe der GEW-Zeitung RLP plädiert Manfred Bönsch dafür, Migrantenkinder und –jugendliche nicht in Sprachlernklassen zu separieren, sondern Regelklassen zuzuweisen, von denen aus sie stundenweise den Deutschkurs besuchen. Die Lernenden haben neben dem Erlernen der neuen Sprache noch andere Bedürfnisse, allen voran eine neue schulische Heimat zu finden. Dies gelingt in Stammklassen besser als in reinen Sprachklassen. Dieses bipolare Modell setzt verstärkt auf einen humanitären Aspekt, den des Neustarts und Zusammenlebens (Bönsch 2016, 4f).

Foto: GEW-Bildarchiv

Aus der eigenen Arbeit mit Kindern fremder Muttersprache im bipolaren Modell an einer RS+, sowohl im Regelunterricht als auch als Leitung der Deutschkurse lassen sich viele Aspekte bestätigen. Vor allem Jugendliche, die in ihrem Heimatland gerne zur Schule gingen, freuen sich, wieder mit Gleichaltrigen lernen und einem gewohnten Tagesablauf nachgehen zu können. Ihnen werden beiläufig alltägliche Routinen der neuen Schule vermittelt: Wege zu Fachräumen, Toiletten, Ablauf des Mittagessens u.v.m. (Sprach-) Paten leisten dazu einen unverzichtbaren Beitrag zum Wohlfühlen und zur Erleichterung des flankierenden Verwaltungsaufwands. Ob Elternbriefe, Informationen über den Ausfall des Nachmittagsunterrichts oder bei der Schulsozialarbeit: die Sprachmittlung durch Mitschülerinnen und Mitschüler ist im Alltag unverzichtbar. An einer Schule mit rund zwei Dutzend Nationalitäten findet sich für die meisten Fälle ein passendes Kind.

Allerdings dürfen die Dienste der Paten nicht überstrapaziert werden. Auch für sie stehen das eigene Lernen und schulischer Erfolg nach wie vor im Vordergrund. Zu Konflikten führt es, wenn Übersetzende unliebsame Botschaften der Lehrkräfte überbringen wie Zurechtweisungen wegen Verstößen gegen die Schul- und Hausordnung und diese Maßnahmen auf den Übersetzenden projiziert wurden. Die Übersetzungen basieren auf Vertrauen, eine Garantie für inhaltlich korrekte Sprachmittlung gibt es nicht. In Fällen des Datenschutzes kann nicht auf Jugendliche gesetzt werden, hier müssen Erwachsene Dolmetscher zur Schule kommen.

Eine sehr günstige Konstellation ergibt sich, wenn zwischen den Migrantenkindern und Lehrperson bzw. Klasse eine lingua franca (i.d.R. Englisch oder Französisch) als gemeinsamer Nenner existiert. Ist die Lehrperson zum bilingualen Unterricht bereit, können die Flüchtlinge von Beginn an mitwirken. Nebenbei erweitert sich die Sprachkompetenz aller Lernenden. Allerdings erfordern manche Fächer ein gewisses Fachvokabular, welches von den Lehrpersonen ein Mehr an Vorbereitung und somit zusätzliche Belastung bedeutet und so den Aufwand nicht immer rechtfertigt. Dem Lehrpersonal sind Grenzen gesetzt, die, einhergehend mit vielen Aufgaben um den Unterricht herum, für viele bereits erreicht oder überschritten sind.

Im Zuge der Inklusion an der Schwerpunktschule profitieren die DaZ-Lernenden von Doppelbesetzungen (sofern sie existieren und nicht aufgelöst werden) und einem Unterricht in einfacher Sprache mit einem Plus an Visualisierung. Allerdings dürfen die ohnehin zu knappen Ressourcen der Inklusion nicht zweckentfremdet werden, wenngleich ein besonderer Fall inklusiven Unterrichts vorliegt.[1]

Hierin zeigt sich eine Problematik des bipolaren Modells in der Praxis. Nicht alle Lehrpersonen können zweisprachigen Unterricht leisten, sofern dieser überhaupt möglich ist. Viele beklagen die zusätzliche Belastung, wenn z.B. zu den drei I-Kindern noch einige DaZ-Lernende die Regelklasse besuchen. Vor allem in (einstündigen) Nebenfächern ohne Doppelbesetzung ist das nicht zu leisten. Problematisch ist ferner die Zuweisung zur geeigneten Regelklasse, die in der Sek I typischerweise als Jahrgangsklasse gebildet wird. In einer Alterskohorte kommen Analphabeten ohne schulische Sozialisation (!) und Gymnasialkinder im Alter von bspw. 14 Jahren zur neuen Schule (vgl. hierzu auch Schwenke 2016, 12ff). Die Alphabetisierung stellt in der Sek I eine besondere Herausforderung dar, da sie in Deutschland in der Grundschule erfolgt. Wohl den Schulen, die hier auf die Expertise von Förder- bzw. Grund- und Hauptschullehrkräften mit Grundschulerfahrung zurückgreifen können, wenngleich der Schriftspracherwerb ohne deutschen Wortschatz besondere didaktische Kniffe erfordert.

All diese Heranwachsenden kommen, je nach Größe der Schule, in einem DaZ-Sprachkurs zusammen. Nach der aktuellen VV zur Unterrichtung von Lernenden mit Migrationshintergrund (Internetlink s. Literatur) stehen bei einer Gruppengröße von acht bis 20 Kindern in der Sek I für einen Sprachkurs 15-20 Stunden zur Verfügung. Ohne bipolares Modell wäre eine notwendige äußere Differenzierung

bei Bedarf unmöglich. Es ist leicht vorstellbar, dass Binnendifferenzierung bei einer Spanne von Analphabeten ohne schulische Vorerfahrungen bis zur außergewöhnlichen Sprachbegabung schnell an ihre Grenzen stößt. Zumal sich Flucht und Vertreibung nicht an Gliederungsplänen und Schulhalbjahren orientieren und unvermittelt neue Kinder ohne Vorkenntnisse in die Sprachgruppe tröpfeln. Niemand käme auf die Idee, Sprachneulinge in Englisch einer Fortgeschrittenengruppe zuzuweisen.

Hier liegt eine große Stärke des bipolaren Modells, wenn während einer dann notwendigen Alphabetisierungsstunde die anderen Lernenden in der Regelklasse an Plänen bzw. am Thema der Klasse arbeiten können. Andererseits zeigt sich, dass nicht jedes Kind zu drei oder mehr Stunden Sprachkurs täglich in der Lage ist. Nicht alle Migranten möchten außerhalb des DaZ-Kurses am Regelunterricht teilnehmen oder an Arbeitsplänen arbeiten. Es gibt Jugendliche, die lieber unter ihresgleichen sind und die Zeit in der Stammklasse – trotz aller Motivationsversuche und Angebote – einfach nur regungslos absitzen.

Die Forderung von Bönsch (S. 4), vor allem die Teilnahme an Fächern mit nonverbalem Potenzial (Sport, Kunst,…) zu forcieren, ist nachvollziehbar und wünschenswert. In der Schulgemeinschaft spricht man schnell vom Bulgaren, der überragend Fußball spielt und für die Schulmannschaft stürmen soll, oder von der Syrerin, die mit beachtlicher Präzision ihre Mitschülerinnen porträtiert. Hier fassen die Kinder besonders schnell Fuß in ihrer neuen schulischen Heimat. Da die Sprachkurse jedoch meist klassen- und jahrgangsübergreifend parallel zum Regelunterricht stattfinden, wird kein Stundenplaner darauf Rücksicht nehmen können. Fachräume, Sportstätten und der weitere Unterricht der DaZ-Lehrenden in anderen Fächern stellen ebenfalls Hürden dar.

Ein weiterer Aspekt für das bipolare Modell ist die größere kulturelle Durchmischung der Regelklassen im Vergleich zum DaZ-Kurs. Die von Bönsch oder Schwenke beschriebenen Schicksale werden an (fast) allen Schulen anzutreffen sein. In den Sprachkursen sprechen die Jugendlichen über den Asylstatus. Sind einige bereits angenommen und andere stehen vor der Ablehnung, dann drückt dies auf das Lernklima des Kurses. Ebenso kommt es zu Konflikten zwischen religiösen Gruppen (z.B. Schiit vs. Sunnit), Spannungen aufgrund unterschiedlicher Menschen-, vor allem Frauenbilder, oder Anfeindungen (Mobbing) in einer fremden Sprache, die die Lehrperson nicht versteht und wogegen sie somit nicht intervenieren kann. Die Stunden in der Regelklasse können hier entspannen und treiben gleichzeitig die schulische Sozialisation voran, was der Arbeit im Sprachkurs zuträglich ist. Die gängigen Aspekte der Klassenführung können aufgrund der Sprachbarriere in der DaZ-Gruppe alleine nur schwerlich erarbeitet werden.

Zusammenfassend lässt sich das bipolare Modell sowohl vom intentional-humanitären (schulische Heimat) als auch vom pragmatischen Aspekt für die meisten jugendlichen Migranten als sinnvoll bewerten. Die Integration (Inklusion) in die neue Schule, Kultur und Gesellschaft sollte hierdurch besser zu fördern sein als in isolierten Sprachkursen. Das Sprachbad im Regelunterricht und die damit einhergehenden Sozialisationsprozesse sind dem Sprachenlernen in DaZ-Kurs und Alltag zuträglich. Grenzen zeigen sich vor allem bei Lernenden ohne Schriftsprachkenntnisse, schulische Sozialisation und Motivation. Die Anforderungen an die betroffenen Lehrpersonen – sowohl in der Regelklasse als auch im Sprachkurs – dürfen nicht unterschätzt werden. Die Belastungen in den (inklusiven) Klassen sind besonders ohne Doppelbesetzung heute schon sehr hoch. Die VV sieht einige Stunden für Förderprojekte vor, bleibt zu hoffen, dass die Entscheider großzügige Stundenzuweisungen vornehmen und den Schulen sehr viel Freiraum gewähren. Wünschenswert wären darüber hinaus Entlastungsstunden für die Leitungen der Sprachkurse zur koordinativen Arbeit und für betroffene Lehrpersonen in den Klassen.

Literatur

Bönsch, M. (2016). Sprachlernklassen plus? In: GEW-Zeitung RLP 4/2016. S. 4-5.

Schwenke, A. (2016). Vom Analphabeten bis zum Gymnasiasten. In: Pädagogik 4/2016. S. 12-14.

http://migration.bildung-rp.de/fileadmin/user_upload/migration.bildung-rp.de/geaenderte_VV_Unterricht_von_Schuelerinnen_und_Schuelern_mit_MigrationshinterMigra_September_2015.pdf. Abruf vom 16.04.2016.

[1] Während in Schule und Wissenschaft in den letzten Jahren eine breite Inklusionsdebatte tobt, werden Flüchtlinge in den meisten Publikationen und der breiten Öffentlichkeit immer noch integriert anstatt inkludiert.

Dank an Vera Reiß

Die GEW bedankt sich bei der scheidenden Bildungsministerin Ministerin Vera Reiß für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit in den letzten Jahren. Klaus-Peter Hammer: „Mit Vera Reiß verlieren wir eine kompetente Ministerin, die jederzeit offen und ehrlich in Auseinandersetzungen mit uns war. Ihre freundliche und zugewandte Art hat dazu geführt, Verständnis füreinander zu schaffen und Auseinandersetzungen ohne wechselseitige Verletzungen führen zu können. Wir wünschen ihr für ihre Zukunft alles Gute."

Der neuen Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig sowie dem künftigen Wissenschaftsminister Prof. Dr. Konrad Wolf gratuliert der Landesvorsitzende zum Ministeramt und wünscht gutes Gelingen für ihre Aufgaben im Hinblick auf die Weiterentwicklung des Bildungswesens und der Wissenschaft in Rheinland-Pfalz und bietet zugleich eine kritisch-konstruktive Zusammenarbeit an. Hohe Anforderungen stelle die Zukunft an unsere Bildungseinrichtungen und an die Kolleginnen und Kollegen, so Hammer, insbesondere auch im Hinblick auf eine erfolgreiche Umsetzung der Inklusion, der Integration von zugewanderten Menschen, den Qualitätsverbesserungen im Bereich der frühkindlichen Bildung, der Überwindung von prekären Beschäftigungsverhältnissen an Hochschulen und im Bereich der nach wie vor unterfinanzierten Fort- und Weiterbildung in Rheinland-Pfalz, um nur einige Themen zu nennen. *pm*

GEW bietet Fortbildungsreihe an

Mein Tablet - Alleskönner in Freizeit und Beruf

Eine Fortbildungsreihe der GEW Neuwied für den konkreten Unterrichtseinsatz des Tablets mit den Betriebssystemen Android und Apple iOS fand bereits dreimal statt und wird weiterhin angeboten. Tiberius Weber vom Vorsitzendenteam beschreibt im folgenden Text die Vorteile dieses Mediums nicht nur für den Unterricht.

Viele haben es zu Hause – wenige nutzen es in der Schule. Es gibt tausend Dinge, die ein Tablet in unserem Alltag vereinfacht. Warum nicht auch in unserem Lehreralltag nutzen?
Von digitaler Klassenverwaltung, Notizenverwaltung, Organisation und vielfältigem Unterrichtseinsatz – ein Tablet kann den Lehreralltag mit seinen vielfältigen Anforderungsprofilen enorm strukturieren und vereinfachen.
Soweit ein Ausschnitt aus der Fortbildungsbeschreibung. Doch was steckt dahinter? Kann man ein Tablet überhaupt produktiv im Schulalltag einsetzen?
Seien wir doch mal ehrlich. Es existieren auch nach der Etablierung des Tablets in den eigenen vier Wänden immer noch Vorbehalte (das Wort Vorurteile möchte ich nicht verwenden) gegenüber Lehrpersonen, die mit einem Tablet im Lehrerzimmer agieren und auch im Unterricht verwenden.
Mein Kollege Marcus Görgen und ich, welche die Fortbildungen gemeinsam durchführen, gehören definitiv zu dieser Personengruppe dazu! Und wir möchten eine Lanze für den Einsatz dieser Geräte im Schulalltag brechen.
Der grundsätzliche Ansatz dieser Fortbildungsreihe (bestehend aus Grund- und einem darauf aufbauenden Fortgeschrittenenkurs) liegt in der Prämisse, dass man immer von der privaten Nutzung eines Tablets zum Einsatz im Schulalltag findet. Umgekehrt herum funktioniert es kaum. Erst, wenn man die Vorteile eines solchen Gerätes erkannt und verinnerlicht hat, entsteht die so wichtige Vertrautheit und die damit verbundene Sicherheit im produktiven Umgang mit dem Gerät. Umso verwunderlicher ist, dass man das eigene Gerät nicht in seinen Arbeitsalltag einbindet.
Selbstverständlich ergeben sich dadurch auf den ersten Blick auch viele Probleme. Konkret sind das die private und schulische Datensicherheit, der regelmäßige Dateiaustausch zwischen Computer und Tablet etc. Doch die Probleme sind – das richtige Workflow vorausgesetzt – schnell lösbar.
Die Vorteile überwiegen jedoch die Nachteile bei Weitem. Das Killerargument für den Einsatz des eigenen Tablets im Unterricht ist jedoch folgender: Es ist Ihr Gerät. Sie kennen die Bedienung und Ihre Inhalte. Selbst wenn Sie ein Tablet gestellt bekämen, wäre es nur eine unbefriedigende Lösung. Es könnte auf einem Ihnen unbekannten und unvertrauten Betriebsystem laufen. Und es ist nicht auf Ihre persönlichen Präferenzen personalisiert.

Wie sieht aber nun (m)ein tabletgestützter Unterrichtsalltag aus? Ich lade Sie hiermit herzlich ein, mich bei (m)einem Schulalltag zu begleiten.
Mein Tag beginnt zunächst einmal gesund, denn ich schleppe keine Schulbücher mehr mit mir herum, habe ich als Sportlehrer ja schon meine Sporttasche als zusätzliches Gewicht zu tragen.

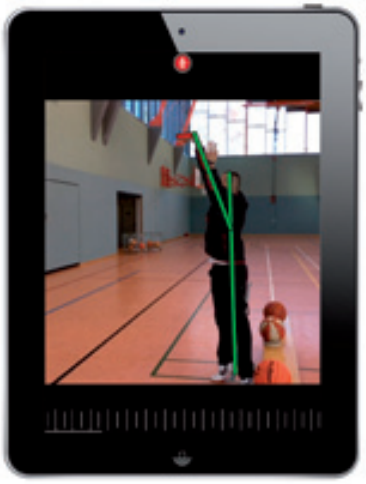
Mein (ultra-)mobiler Arbeitsplatz

Mein Rucksack muss also leicht sein. Das ist er auch, da ich alle Bücher digital auf meinem Tablet abgelegt habe. Damit verbunden ist ein weiterer Vorteil – ich male einfach hemmungslos auf meinen (digitalen) Büchern herum. Ich unterstreiche mir unbekannte Wörter im Text, die mit den SchülerInnen ge- und erklärt werden müssen. Ich schreibe mir Lösungen hinein.
Ich markiere die Hausaufgabe im Buch. Und ich präsentiere Diagramme und Bilder am Beamer und nicht, indem ich auf mein kleines Bild im Buch deute.
Mein Notenbuch ist da konsequenter Weise auch digital. Und die sicherheitsbewussten KollegInnen seien hier schon vorab beruhigt: Mein Daumenabdruck ist der Schlüssel, und die unterschriebene Erlaubnis meiner Schulleitung, das private Tablet zu dienstlichen Zwecken nutzen zu dürfen, meine Legitimation.
Meine Notenverwaltungs-App ist mein persönliches 5-Sterne-Hotel. Es liefert mir zu jedem Schüler ein Bild (ideal bei einstündigen Fächern pro Woche), zeigt mir Fehltage und Sozialverhalten im Überblick und gibt mir jederzeit den exakten Notenstand an. Es bietet mir mannigfaltige, sinnvolle Optionen, wie Kommentare zu den Noten oder Unterrichtsmaterialien innerhalb der App abzuspeichern.

Seite aus einem Arbeitsheft

Wie im traditionellen Notenbuch auch, muss ich lediglich meine Noten eintragen und die Gewichtungen festlegen. Die Sicherung der Daten (128 Bit-Verschlüsselung) übernimmt die Cloud. Vor Zeugniskonferenzen bin ich vollkommen entspannt. Kein Herumgerechne mehr:
Ich kann mich ganz auf die Pädagogik konzentrieren. Und meine Noten exportiert meine Noten-App auch nach den von mir definierten Parametern entweder auf Papier oder per Mail (selbstverständlich passwortgesichert). Auch auf der rechtlichen Ebene lässt es sich sehr entspannt arbeiten. Denn Erlasse und Dokumente wie übergreifende Schulordnung, Arbeitspläne, Kompetenzraster und der Schwimm- und Wandererlass etc., habe ich stets in PDF-Form nebst eigenen Anmerkungen dabei. Das Tablet wird dadurch schließlich nicht schwerer.
Auch eine lückenlose Schülerdokumentation ist ganz leicht umzusetzen. Meine digitale Notizen-App beinhaltet nebst handschriftlichen und getippten Texten auch Fotos, die ich schnell einfügen kann
(z.B. die Visitenkarte mit den Kontaktdaten einer Schulsozialarbeiterin, die mir schon unzählige Male sehr kompetent helfen konnte). Ich habe seit der konsequenten Nutzung dieses digitalen Ansatzes einen viel kleineren Papierwust auf dem Schreibtisch, sowohl in der Schule, als auch zu Hause. Und ich verlege kaum noch etwas. Das war nicht immer so.

Elternbriefe schreibe ich schnell mal in einer Freistunde. Eine externe Tastatur für gerade 12,- € erlaubt es mir, den gesamten Bildschirm meines Tablets zu nutzen.
Ebenso verfahre ich mit Protokollen von Klassen- oder Stufenkonferenzen. Ganz beiläufig schone ich redundant die Umwelt, denn ich vermeide Papierverschwendung und schone den Drucker, indem ich die Protokolle per Mail an das Sekretariat / die Schulleitung weiterleite.



Bewegungsanalyse im laufenden Unterricht

Zudem verbraucht ein Tablet durchschnittlich Strom im Wert von 5,- bis 10,- € pro Jahr. Es arbeitet viel energieeffizienter als ein Desktoprechner.
Habe ich eigentlich schon erwähnt, dass ich gerne effizient arbeite? Nein? Dann lassen Sie mich doch bitte erzählen, wie ich meine Protokolle überprüfe. Meine Kollegin und Banknachbarin (sie hat mich quasi adoptiert) sitzt direkt neben mir und ist eine weise Beraterin in allen Lebenslagen. Und zudem Germanistin. Also bekommt sie mein iPad in die Hand und kann hemmungslos korrigieren. Ich sehe mich also nicht genötigt, die rot korrigierten Fehler von einem ausgedruckten Papier auf mein Dokument zu übertragen.
Die Reduktion meines Karmakontos durch die Zurschaustellung meiner defizitären Orthographie- und Interpunktionskenntnisse nehme ich gerne in Kauf, da Microsoft und vor allem meine Kollegin die Fehler ausbügeln. Ich warne Sie jedoch vor: Es gibt Ihnen nicht die Garantie, dass Sie auf einem Elternbrief den Namen ihres Schulleiters richtig schreiben!
Speziell im Sportunterricht ist das Tablet eine große Hilfe für mich. Es bietet mir die Möglichkeit, im laufenden Unterricht Bewegungsanalysen zu realisieren. Oder in einer kognitiven Phase ein kurzes Demonstrationsvideo zu Beginn oder am Abschluss einer Stunde zeigen zu können. Die Bildschirmgröße und die Lautstärke der eingebauten Lautsprecher sind absolut ausreichend, um ein Video oder ein Phasenbild einer ganzen Schulkasse präsentieren zu können. Der umständliche und zeitraubende Aufbau eines Beamers oder die Suche nach einem Raum mit Projektionsfläche entfällt. Zudem wird der Einsatz moderner Medien fließend und organisch in den Unterricht eingebunden. Meiner Meinung nach wird die Kamera und die damit verbundenen Möglichkeiten eines Tablets viel zu oft unterschätzt, denn die Kamera stellt das Fens-ter zur digitalen Welt dar. Schnell noch das Tafelbild aufnehmen, falls die Stunde mal wieder viel zu kurz war, und in der Folgestunde wieder nahtlos an die Wand projizieren und thematisch anknüpfen. Ein schönes Arbeitsblatt eines Kollegen abfotografieren, den Vertretungsplan ablichten, wenn man mal einen Anschlusstermin nach der Schule hat...
Die Möglichkeiten sind sehr vielfältig, hat man diese Arbeitsabläufe routiniert in seinen Arbeitsalltag integriert.
Diese und noch weiterführende Möglichkeiten zeigen wir Ihnen gerne auf einer Fortbildung.
Wiederholt haben wir PädagogInnen der unterschiedlichsten Schularten demonstriert, wie sie ihren Unterrichtsalltag besser organisieren und Arbeitsabläufe optimieren können. Glauben Sie uns: In ihrem Tablet schlummern ungeahnte Potentiale.
Zum Abschluss möchte ich noch Folgendes loswerden: Ich möchte mein Tablet nicht glorifizieren!
Aber es hat meine Art und Weise, wie ich arbeite, enorm verändert. Natürlich bleiben nach wie vor viele Bereiche, die traditionell ausgeführt werden sollten. Das ist auch gut so. Aber ich möchte mein Tablet im Alltag keinesfalls missen.
Ich könnte Ihnen auch noch viele alltägliche und konkrete Möglichkeiten aufzeigen, welche ich regelmäßig nutze. Jedoch wollen Sie jetzt (hoffentlich) einige Dinge ausprobieren.
Festzuhalten bleibt, dass ich 70-85 % meiner dienstlichen und privaten Arbeit und Korrespondenz auf meinem Tablet ausführe. Ich bleibe dabei aber auch frei genug, um jederzeit meine Arbeit unterbrechen und nahtlos und überall fortführen zu können. Mein Büro ist dort, wo ich und mein Tablet uns aufhalten.
Und das wiederum ist für mich die pure Effizienz (Sie erinnern sich): Meine Arbeit schnell, effektiv und mit Spaß erledigen zu können – und mit der dadurch frei gewordenen Zeit das zu tun, was ich gerne mache. Sport zu treiben und Zeit mit meiner Familie zu verbringen.
Danke, dass Sie mir gefolgt sind.
Falls Sie neugierig geworden sind: Unsere Fortbildungsreihe besteht aus einem Grund- und einem Fortgeschrittenenkurs. Dabei laufen die Kurse für Android und iOS parallel. Die bisherigen Veranstaltungen fanden in Neuwied, Lautzenhausen und in Cochem statt und werden weiter fortgeführt. Unsere folgenden Veranstaltungen finden Sie im Fortbildungskatalog der GEW.

Fragen aus dem pädagogischen Berufsalltag

Bernd Huster & Dieter Roß

Stellenumfang unfreiwillig erhöhen

Ich arbeite mit befristeter Stelle in einer Kindertagesstätte. Mein Stellenumfang beträgt 29 Wochenstunden. Da wir jetzt mehrere Flüchtlingskinder aufgenommen haben und noch weitere hinzukommen sollen, will die Stadt meine Stelle auf 39 Wochenstunden aufstocken. Ich bin aber mit meinem Stellenumfang zufrieden und möchte nicht mehr arbeiten. Muss ich einer Aufstockung zustimmen oder kann ich auf Teilzeitbeschäftigung bestehen?

Die Stadt ist an die Vereinbarungen, die im Arbeitsvertrag getroffen worden sind, gebunden. Eine Änderung der wöchentlichen Arbeitszeit wäre nur einvernehmlich möglich. Je nach Vertragsgestaltung könnte Ihr Arbeitgeber auch versuchen, eine Stundenaufstockung per Änderungskündigung zu erreichen. Nach Ablauf Ihres Vertrages könnte die Stadt Ihnen aber ein neues Vertragsangebot nur mit Vollzeitarbeit unterbreiten. Sie müssten sich dann entscheiden, ob sie ein solches Angebot annehmen wollen oder nicht.

Kann Kita-Leiterin in Personalrat gewählt werden?

Im nächsten Jahr wollen wir uns erstmals an den regelmäßigen Personalratswahlen beteiligen. Unsere Kita-Leiterin ist der Meinung, dass auch sie das Recht hat, für den Personalrat, der aufgrund der Beschäftigtenzahl unserer Ortsgemeinde aus drei Personen bestehen wird, zu kandidieren. Kann eine Kita-Leiterin tatsächlich auch Personalrätin sein?

Es gelten die Bestimmungen des rheinland-pfälzischen Personalvertretungsgesetzes nebst Wahlordnung. Danach sind alle Beschäftigten wahlberechtigt. Wählbar sind diejenigen, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben und die seit sechs Monaten bei der Dienststelle beschäftigt sind. Nicht wählbar sind Beschäftigte, die bei ihrer Dienststelle zu selbstständigen Entscheidungen in mitbestimmungspflichtigen Personalangelegenheiten der Dienststelle befugt sind. Zu solchen Angelegenheiten zählen beispielsweise Einstellungen oder Kündigungen. Da Kita-Leitungen in der Regel nicht selbstständig einstellen oder entlassen dürfen, sind sie normalerweise in den Personalrat einer Dienststelle wählbar.

Home-Office für Erzieherinnen

Wir haben davon gehört, dass die Beschäftigten einer Kita in unserer Region einen Teil ihrer Verfügungszeit von zuhause aus erledigen dürfen. Aufgrund der Störungen, die ein Kita-Alltag mit sich bringt, halten wir es für eine gute Idee, wenn solche Arbeiten auch außerhalb der Kita in Ruhe erledigt werden können. Jetzt fragen wir uns, wie wir zu einem solchen Modell kommen und welche Rechtsgrundlagen es dafür gibt.

Die Verteilung der vertraglich vereinbarten Arbeitszeit auf die einzelnen Wochentage geschieht durch einen Dienstplan. Bei der Erstellung des Dienstplans gilt das Weisungsrecht des Arbeitgebers, der Personalrat ist in der Mitbestimmung. Die Festlegung des Ortes, an dem die Arbeit zu erledigen ist, erfolgt ebenfalls durch den Arbeitgeber. Sie können also mit Ihrem Anliegen an den Arbeitgeber herantreten und versuchen, ihn von den Vorzügen eines solchen Modells zu überzeugen.

Zwei Arbeitsverträge mit einer Stadt

Als Personalrat einer Kommune stellt sich für uns die Frage, ob eine Kollegin zwei Arbeitsverträge mit unserem Arbeitgeber haben kann. Sie arbeitet mit 20 Stunden in der Telefonzentrale der Verwaltung und soll jetzt als Minijobberin im Sekretariat einer Schule, die sich in Trägerschaft der Stadt befindet, beschäftigt werden. Ist das zulässig?

Laut Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst TVöD dürfen mehrere Arbeitsverhältnisse zu demselben Arbeitgeber begründet werden, wenn die jeweils übertragenen Tätigkeiten nicht in einem unmittelbaren Sachzusammenhang stehen. Sozialversicherungsrechtlich gilt aber etwas anderes: Um die berechtigte Person und die Solidargemeinschaft der Versicherten zu schützen, werden beide Beschäftigungen als sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse gewertet. Es ist also nicht rechtmäßig, dass jemand mit demselben Arbeitgeber ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis und eine Beschäftigung als Minijobberin eingeht.

Resturlaub nach Ende der Elternzeit

Ich befinde mich seit Beginn meiner Schwangerschaft im Beschäftigungsverbot. Von unserer Verwaltung habe ich eine Information bekommen, wonach mir für das laufende Jahr noch ein anteiliger Urlaub von 15 Tagen zusteht. Dieser werde aufgrund des bestehenden Beschäftigungsverbotes, der sich anschließenden Mutterschutzfristen und einer sich anschließenden Elternzeit entsprechend auf den Zeitpunkt meiner Rückkehr übertragen. Da mein Arbeitsverhältnis aber bis zum 31.07.2016 befristet ist, frage ich mich, was mit meinem Urlaubsanspruch geschieht, wenn ich nicht über das Datum hinaus weiter beschäftigt werden sollte.

Für einen den Fall, dass ein Urlaub wegen Beendigung des Arbeitsverhältnisses ganz oder teilweise nicht mehr gewährt werden kann, regelt das Bundesurlaubsgesetz, dass dieser abzugelten ist.

Diebstahl

Mit der Klassensprecherin hatte ich verabredet, von jeder SchülerIn 3 € einzusammeln, damit sie nach den Osterferien Bastelmaterial kauft für unser nächsten Klassenprojekt. Das eingesammelte Geld habe ich in einer Kassette im Pult meiner Klasse aufbewahrt. Nach den Ferien musste ich feststellen, dass die Kassette nebst Geld nicht mehr da war. Ich meldete den Diebstahl der Schulleitung, die Anzeige bei der Polizei erstattete. Nach einigen Tagen fand ich einen Zettel im Fach vor, dass nach Rücksprache mit dem Schulträger Versicherungsschutz nicht gegeben sei, ich müsse das Geld aus der eigenen Tasche zahlen. Was tun?

Es wird nichts Anderes übrigbleiben, als das Geld aus der eigenen Tasche zu zahlen. Der Vorfall sollte aber Anlass sein, das Sicherheitskonzept der Schule gründlich zu überdenken und Regelungen zu treffen, damit Schäden minimiert bzw. verhindert werden.
Sammeln KollegInnen für schulische Zwecke Geld ein, ist anzuraten, dass die Geldbeträge nach der Einnahme direkt im Tresor der Schule verwahrt werden. Wobei sicherlich auch zu überprüfen ist, ob der vorhandene Tresor den heutigen Sicherheitsanforderungen genügt. Hierzu kann sicherlich die Polizei hilfreiche Hinweise geben.
Zu überlegen ist, ob das Einsammeln von Geld nicht grundsätzlich vermieden wird und Geldbeiträge, die z.B. für Klassenfahrten, Wandertage etc. von den Eltern zur Verfügung zu stellen sind, zukünftig auf ein spezielles Konto überwiesen werden. Hier wäre zur Vorabklärung die Absprache mit dem Schulträger geboten.
In den Ferien oder an schulfreien Tagen oder Stunden muss damit gerechnet werden, dass Reinigungs-, Wartungs-, Reparaturarbeiten etc. im Schulgebäude durchgeführt, Räume und ggf. auch Schränke oder Pulte geöffnet werden. Den KollegInnen kann nur dringend geraten werden, persönliche Gegenstände von einigem Wert während der unterrichtsfreien Zeit nicht in der Schule zu lassen.

Projektarbeiten außerhalb des Schulgeländes

Ich will zwei zuverlässige SchülerInnen im 6. Schuljahr beauftragen, zu ausgesuchten Lebensmitteln die Preise in zwei Geschäften zu ermitteln. Die Geschäfte sind rund 500 m von der Schule entfernt und der Weg dorthin ist auch nicht besonders gefahrvoll. Eine Kollegin sagte mir, das dürfe ich nur machen, wenn die SchülerInnen beaufsichtigt würden. Trifft das zu?

Sie kennen die beiden Geschäfte, Sie kennen den Weg, Sie wählen aus Ihrer Sicht zwei zuverlässige SchülerInnen aus, die miteinander können. Sie belehren sie vorher nochmals. Unter diesen Voraussetzungen können Sie den Auftrag erteilen. Eine zusätzliche Aufsicht ist nicht erforderlich.

Ehrenamtliche Arbeit mit Flüchtlingskindern

Wir haben vier Flüchtlingskinder in die Grundschule bekommen. Wir wollen helfen, dass sie sich bei uns wohl fühlen und schnell Deutsch lernen. Nach Schulschluss – so die Idee – soll es einen kleinen Imbiss geben und dann wollen zwei KollegInnen an zwei Tagen bis 15 Uhr ihnen zusätzlichen Sprachunterricht geben. Was müssen wir beachten, damit der notwendige Versicherungsschutz gewährleistet ist.

Sprechen Sie mit dem Schulträger über das Vorhaben und klären Sie ab, dass es unter der Regie der Kommune stattfindet. Sie trägt nach außen hin die Verantwortung, sie stellt die Räumlichkeiten und die Mittel zur Verfügung. Die KollegInnen sind ehrenamtlich tätig und in diesem Rahmen nicht Beschäftigte des Landes. Der Versicherungsschutz erstreckt sich dann als kommunales Angebot auf die beteiligten Kinder und die ehrenamtliche Tätigkeit der KollegInnen und auch auf den Weg nach Hause. Bei einem Unfall übernimmt die gesetzliche Unfallversicherung die Kosten für die Heilbehandlung und die Rehabilitation und zahlt ggf. auch eine Rente. Unfälle sind umgehend dem Schulträger zu melden, der sich dann mit der Unfallkasse in Verbindung setzt. Sie sollten wissen, Personen, die in Eigenregie Aktivitäten mit den Flüchtlingen durchführen, stehen nicht unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung.

Nachwahl erforderlich

In meiner Klasse wurden zu Beginn des Schuljahres der Klassenelternsprecher und seine Vertretung für zwei Schuljahre gewählt. Die Stellvertreterin des Klassenelternsprechers teilte mir mit, dass ihre Tochter die Klasse zum Schuljahresende verlassen wird und in eine andere Schule wechselt. Muss eine Nachwahl erfolgen oder kann der Klassenelternsprecher alleine weitermachen bis zur regulären Neuwahl?

Soweit die Stellvertreterin kein weiteres Kind in der Klasse hat, scheidet sie aus dem Amt aus, da ihr Kind zum Ende des Schuljahres die Klasse verlässt. Da die Amtszeit noch ein weiteres Schuljahr beträgt, ist nach § 9 der Schulwahlordnung unverzüglich zu einer Neuwahl der Stellvertretung des Klassenelternsprechers einzuladen. Die Amtszeit der neu zu wählenden Person endet dann genau wie für den Klassenelternsprecher mit Ablauf der regulären Amtszeit, also zum Ende des kommenden Schuljahres.

Schwangerschaft

Ich bin als Beamtin der Hälfte meiner Unterrichtsstunden in Sport und Schwimmen mit in der IGS eingesetzt. Ich bin im vierten Monat schwanger und unsicher, ob ich mir und meinem Kind weiter den Sportunterricht zumuten kann und darf. Wie gehe ich vor?

Zuerst will ich auf die Mutterschutzverordnung hinweisen. Dort wird in § 3 deutlich gemacht, dass bestimmte Arbeitsbedingungen der Schwangeren nicht zugemutet werden dürfen. Ich schlage vor, dass Sie mit Ihrer Fachärztin die Gesamtsituation, wozu auch die Arbeitsbedingungen vor Ort gehören, gründlich erörtern. In dem ärztlichen Zeugnis kann erforderlichenfalls festgelegt werden, dass bestimmte dienstliche Tätigkeiten während Ihrer Schwangerschaft von Ihnen nicht ausgeübt werden dürfen. Legen Sie das ärztliche Zeugnis der Schulleitung vor, die gehalten ist, die dortigen Vorgaben umzusetzen.

Rektorbesoldung bei sinkender Schülerzahl

Ich leite als Rektor eine Realschule plus mit mehr als 360 SchülerInnen. Nach den Anmeldezahlen für das kommende Schuljahr wird die Schule deutlich weniger als 360 SchülerInnen haben. Wird dann, wenn das so bleibt, meine Besoldung verringert?

Sie haben das Amt A 15 inne als Leiter der RS+ mit mehr als 360 SchülerInnen. Auch wenn im kommenden Schuljahr die Schülerzahl, wie Sie annehmen, unter 360 SchülerInnen liegen wird, ändert sich Ihre Besoldung nicht. Sollte allerdings dauerhaft das Kriterium „mehr als 360 SchülerInnen“ nicht erfüllt sein, wird die ADD bemüht sein, Ihnen eine amtsangemessene Verwendung zur Verfügung zu stellen.

Kindertagesstätten - #BildungAufEis

Eltern und Beschäftigte fordern bessere Rahmenbedingungen ein

Die GEW-Betriebsgruppe der Stadt Mainz hat die Kampagne #BildungAuf-Eis zur Verbesserung der Rahmenbedingungen in Kindertageseinrichtungen und für ein Bundesqualitätsgesetz initiiert. Spätestens seit dem Rechtsanspruch auf einen Kindertagesstättenplatz für Kinder unter drei Jahren und der daraus folgenden Schwerpunktsetzung auf den Ausbau der Kindertagesstätten sind Fragen der pädagogischen Qualität in den letzten Jahren in den Hintergrund getreten.

Gemeinsam fordern Beschäftigte aus Kindertagesstätten und betroffene Eltern die Landesregierung auf, für deutlich bessere Rahmenbedingungen zu sorgen und damit ein Gleichgewicht zwischen Quantität und Qualität der Angebote in der frühkindlichen Bildung herzustellen. Nach Vorstellung der GEW und des Landeselternausschusses sollten strukturelle Standards für die Kindertagesbetreuung in einem Bundesqualitätsgesetz verpflichtend festgelegt werden. „Wir erwarten, dass sich die Landesregierung für ein solches Bundesqualitätsgesetz einsetzt", so Sylvia Sund, stellvertretende Vorsitzende der GEW Rheinland-Pfalz. „Dringend erforderlich sind dabei insbesondere die Festschreibungen für eine verbesserte Erzieherin-Kind-Relation, gesicherte Zeiten für Vor- und Nachbereitung sowie ausreichende Zeitressourcen für Leitungstätigkeiten."

Eine hochwertige Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern sei von gesamtgesellschaftlichem Interesse und dürfe nicht an länderspezifische Regelungen gebunden sein. Dazu sei eine dauerhaft gesicherte Finanzierung durch Kommunen, Länder und Bund erforderlich. „Den Beschäftigten in Kindertagesstätten ist die Bedeutung der frühkindlichen Bildung zur Herstellung von Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit ein professionelles Herzensanliegen", betonte Kathrin Gröning von der GEW-Betriebsgruppe der Stadt Mainz, die federführend die begleitende Kampagne #BildungAufEis initiiert hat.

„Es geht darum", so Alessandro Novellino, ebenfalls von der GEW-Betriebsgruppe der Stadt Mainz, „Mindeststandards festzusetzen, welche den gesellschaftlichen Herausforderungen gerecht werden und es den Kolleginnen und Kollegen zu ermöglichen, tatsächlich geeignete Bildungs-, Beziehungs- und Betreuungsangebote zu entwickeln und zu gestalten."

„Eltern erwarten zu Recht in allen Kindertageseinrichtungen hohe Standards und gute, qualitativ hochwertige Bildung und Betreuung ihrer Kinder. Das setzt einheitliche und gesicherte Qualitätsstandards voraus und vor allem motiviertes, hochqualifiziertes Personal", fügte Dirk Eicher hinzu, der als stellvertretender Vorsitzender des Landeselternausschusses Rheinland-Pfalz die Notlage der Eltern klar im Blick hat. „Es ist nicht hinnehmbar, dass Eltern mancherorts Bedenken haben, die Stadt oder das Bundesland zu wechseln, weil die Qualität in den Kindertagesstätten so massiv unterschiedlich ist."

Gemeinsam haben die Beschäftigten aus den Kindertagesstätten mit den Eltern am 25. Juni in Mainz ein gesellschaftliches Zeichen gesetzt und auf einer öffentlichen Kundgebung klargestellt, dass die Zukunft unserer Gesellschaft auf der Qualität frühkindlicher Bildung und Betreuung basiert. „Eine anhaltende Vernachlässigung der frühkindlichen Bildung ist im Eigeninteresse unserer Gesellschaft nicht hinnehmbar. Daher fordern wir ein Qualitätsgesetz für Kindertagesstätten, das bundesweit Standards festschreibt und den Rahmen einer qualitativ hochwertigen frühkindlichen Bildung setzt. Um in Politik und Öffentlichkeit diese essenziellen Bedürfnisse ins Bewusstsein zu bringen, sind wir gemeinsam auf die Straße gegangen", fasste Kathrin Gröning das Anliegen abschließend zusammen.

pm

Wer kommt denn da sein Kind abholen?

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat eine Orientierung im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Kindertagesstätten herausgegeben. „Sorgen Sie dafür, dass mein Sohn nicht mit den Bimbos spielt!" – Solche und ähnliche Sprüche müssen sich ErzieherInnen anhören. In einigen Kitas arbeiten Fachkräfte mit Kindern, denen zu Hause vermittelt wird, dass es richtig ist, „Ausländerkinder" oder „Behinderte" zu schikanieren.

Aus vielen jugendlichen Skinheads der 90er Jahre sind Eltern geworden, der Anteil von Frauen und Müttern in der rechten Szene ist gestiegen. Das Thema Rechtsradikalismus ist damit auch in Kindertagesstätten angekommen. Erzieherinnen, Kinder und Eltern werden teilweise mit Fremdenfeindlichkeit konfrontiert, mit abwertenden Äußerungen und ausgrenzenden Verhaltensweisen, die sich überall in unserer Gesellschaft finden. Es gibt auch Väter, die in rechter Szenekleidung in der Kita ein- und ausgehen oder ihre Gesinnung über aggressive Sprüche kundtun.

Die Herausgeber der Orientierungshilfen haben bei der Recherche Fachkräfte kennen gelernt, die sich gegen rechte Äußerungen und Botschaften gewehrt haben und damit Erfolg hatten. Sie haben dabei die Erfahrung gemacht, dass es auch persönlich guttut, sich eine Position zu bilden und für die Vorstellungen, die man von der eigenen Arbeit hat, auch einzutreten. Es hilft, sich im Team auszusprechen, sich Bündnispartner ins Boot zu holen. Und auch Öffentlichkeit kann unter bestimmten Bedingungen eine Hilfe und ein Schutz sein.

pm

Download: www.boell.de de/2015/10/14/wer-kommt-denn-da-sein-kind-abholen

DIE GEW GRATULIERT ...

... im August 2016

zum 70. Geburtstag

Frau Margit Tasch
Vilgertshofen
KV Kaiserslautern

Herrn Ullrich Von Tolkacz
Neuwied
KV Neuwied

Frau Ursula Hess
Hagenbach
KV Südpfalz

Frau Doris Hafner
Speyer
KV Ludwigshafen

Frau Gisela Halfen
Grafschaft-Holzweiler
KV Ahrweiler

Herrn Karlheinz Schreeck
Altendiez
KV Rhein-Lahn

Frau Ursula Weiss
Neuwied
KV Neuwied

Herrn
Prof. Dr. Klaus Pommerening
Öhningen
KV Mainz-Bingen

Herrn Dieter Spichal
Rhodt
KV Südpfalz

zum 75. Geburtstag

Frau Elke Scheithauer
Kaiserslautern
KV Kaiserslautern

Frau Ulrike Göhring
Landau
KV Südpfalz

Herrn Dr. Dieter Scharnweber
Kusel
KV Kusel

zum 80. Geburtstag

Herrn Herbert Huff
Oppenheim
KV Mainz- Bingen

Herrn Reiner Hüttel
Bruchmühlbach-Miesau
KV Kusel

zum 86. Geburtstag

Frau Annie Bruchmann
Oppenheim
KV Mainz-Bingen

zum 87. Geburtstag

Herrn Oskar Faus
Dudenhofen
KV Ludwigshafen

Frau Dorothea Langner
Harthausen
KV Ludwigshafen

zum 89. Geburtstag

Herrn Manfred Boerder
Neuwied
KV Neuwied

Herrn Hans Gerhard Helzer
Altenkirchen WW
KV Altenkirchen

zum 91. Geburtstag

Herrn Herbert Orschiedt
Bingen
KV Mainz-Bingen

Herrn Rudolf Eschenfelder
Kaiserslautern
KV Kaiserslautern

Frau Irene Staudt
Birkenfeld
KV Birkenfeld

zum 92. Geburtstag

Frau Adelheid Hagen
Wolfach
KV Ludwigshafen

... im September 2016

zum 70. Geburtstag

Herrn Joachim Paul
Wörth
KV Südpfalz

Frau Ulrike Bauer
Bolanden
KV Donnersberg

Frau Helena Valdman
Kaiserslautern
KV Kaiserslautern

Frau Sigrid Steinbach-Matzen
Birkenheide
KV Ludwigshafen

Herrn Hans Schmidt
Zweibrücken
KV Zweibrücken

Herrn Eugen Hard
Platten
KV Bernkastel-Wittlich

zum 75. Geburtstag

Frau Ute Endres
Mainz
KV Mainz-Bingen

Herrn Claus Helfrich
Höheinöd
KV Zweibrücken

Frau Gisela Dehm
Ludwigshafen
KV Ludwigshafen

Frau Daike Bilgmann
Ottersheim
KV Südpfalz

Herrn Bernd Schunck
Landau
KV Südpfalz

Herrn Horst Kettering
Ruppertsweiler
KV Pirmasens

Frau Sieglinde Bohlander
Gehrweiler
KV Donnersberg

Herrn Bernd Bee
Gondershausen
KV Rhein-Hunsrück

Herrn Wulf Paulus
Mudersbach
KV Altenkirchen

zum 80. Geburtstag

Frau Gisela Helbach-Macher
Bad Ems
KV Rhein-Lahn

zum 86. Geburtstag

Herrn Gotthard Schael
Holzappel
KV Rhein-Lahn

Herrn Karlheinz Schoenrock
Nassau
KV Rhein-Lahn

zum 88. Geburtstag

Herrn Werner Dessloch
Kirchheimbolanden
KV Donnersberg

zum 90. Geburtstag

Frau Hedi Goettel
Kaiserslautern
KV Kaiserslautern

zum 96. Geburtstag

Frau Hilde Goettel
Theisbergstegen
KV Kusel

Die AfD ist keine Frage, sie ist eine Antwort

Betr.: GEW-Zeitung 5-6/16, S. 4-5

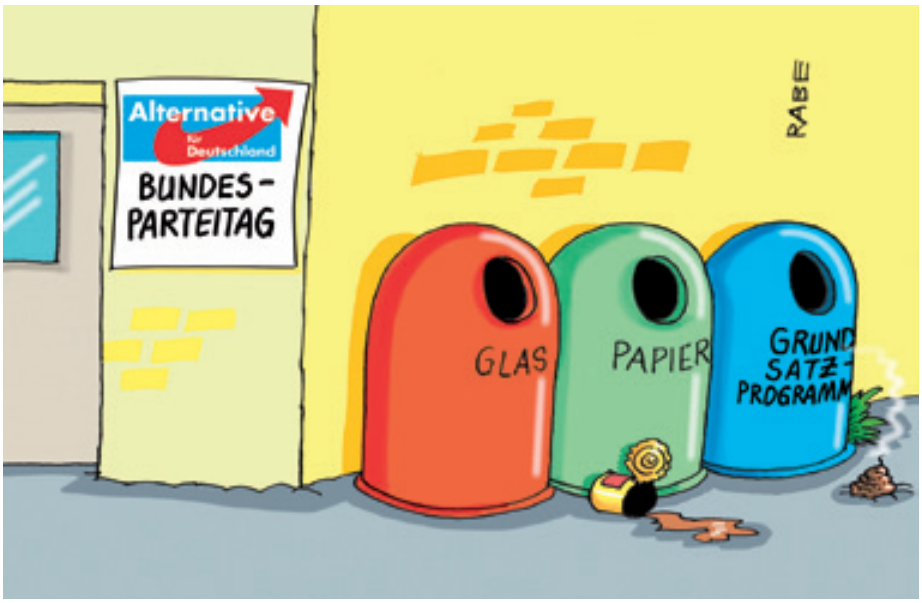
Jetzt haben wir den Salat und ab sofort müssen wir uns mit dem nun parlamentarisch etablierten Rechtspopulismus auseinandersetzen. Wie konnte das bloß passieren?

Über ein Drittel der jetzigen 224.000 AfD-Wähler ist 2011 gar nicht zur Wahl gegangen und mehr als ein weiteres Drittel ist den großen Volksparteien SPD und CDU davongelaufen. Das heißt, 77.000 Nichtwähler waren schon damals unzufrieden und haben jetzt eine Projektionsfläche gefunden. Das gilt auch für die 80.000 Wechselwähler, die allein SPD und CDU den Rücken gekehrt haben.

Und das, obwohl selbst AfD-Wähler bei den Rechtspopulisten in keinem Feld politische Sachkompetenz sehen. Und dass sich die AfD von rechtsradikalen Umtrieben nicht genug abgrenzt, wird auch von ihren Wählern durchaus als Problem wahrgenommen.

Und warum wurde sie dann trotzdem gewählt?

Weil die Menschen sich nicht mehr mitgenommen fühlen, weil ihrer Wahrnehmung immer weniger Bedeutung beigemessen wird, weil gefühlt über ihre Köpfe hinweg entschieden wird und weil sie sich zunehmend verarscht vorkommen.



• Beispiel Volkswagen: VW hat Manipulationen und damit den Betrug an weltweit 11 Millionen Kunden eingestanden. Ein weiterer Skandal ist dabei, dass bis heute offen ist, wer frühzeitig von den Manipulationen wusste und wer sie in Auftrag geben hat. Soll das wirklich jemand glauben? Der gesamte Konzern (weit über 600.000 Beschäftigte) hat im Jahr 2015 einen Betriebsgewinn von 12,8 Milliarden Euro gemacht. Für die Aufarbeitung des Skandals hat Volkswagen 16,2 Milliarden Euro zurückgestellt, wobei Analysten voraussagen, dass die Bewältigung des Abgaswerteskandals VW am Ende vielleicht eher 30 Milliarden Euro kosten dürfte (allein in den USA sollen Volkswagen Geldstrafen von bis zu 18 Milliarden US-Dollar drohen). Und jetzt bereitet auch noch der Norwegische Staatsfonds (als viertgrößter VW-Anteilseigner) eine Klage gegen Volkswagen vor. Wie auch immer, der Betrug wird langfristig Arbeitsplätze kosten, weil nicht genug Geld für Investitionen und Innovationen da sein wird. VW ist eine Aktiengesellschaft und das Land Niedersachsen hält einen Anteil von Anteil 20%. Volkswagen zahlt an seine Vorstände 2016 trotzdem insgesamt 63,24 Millionen Euro aus (2015 waren es noch ca. 54 Millionen Euro). Unglaublich! Haben sie da etwa größere Empörung wahrgenommen?

Okay, jetzt erhalten zumindest die 120.000 Mitarbeiter, die nach VW-Haustarif bezahlt werden, auf die Schnelle pro Kopf 3.950 Euro Anerkennungsprämie, weil IG Metall und Betriebsrat dafür Sturm gelaufen sind (das Management hatte wegen der zu erwartenden Milliardenverluste einen Ausfall der Prämie erwogen). Die Prämie ist allerdings ein Ersatz für die reguläre Gewinnbeteiligung (5.900 Euro pro Kopf) der Tarifmitarbeiter aus dem Jahr 2015, die wegen der Verluste in der Abgasaffäre diesmal entfiel – somit für die Beschäftigten letztlich eine Einbuße von einem Drittel (1.950 Euro weniger).

• Anderes Beispiel: Wissen Sie, was der neue Flughafen Berlin-Brandenburg kostet? Die Baukosten wurden bei Baubeginn (2006) auf eine Milliarde Euro veranschlagt. Die Bundesregierung beantragte im Mai 2015 bei der EU, neben den bisher bezahlten 4,3 Milliarden Euro weitere mehr als 2,5 Milliarden Euro staatliche Beihilfen gewähren zu dürfen. Und ganz aktuell (Mai 2016) soll der Steuerzahler auch für neue Kredite (1,1 Milliarden Euro) bürgen. Das sind Steuergelder! Wie konnte das passieren? Wo ist da die Empörung?

• Oder bleiben wir bei uns – am Nürburgring: Der damalige rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck hatte immer wieder betont, das Projekt werde den Steuerzahler keinen Euro kosten. Mittlerweile ist eine Summe von 554 Millionen an Steuergeld im Gespräch, von dem nur ein Bruchteil zurückfließen wird. Hat da bis heute ein Politiker das Rückgrat gehabt und eingeräumt, dass dort richtig Mist gebaut wurde?

• Der ehemalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück hofft, dass durch die Veröffentlichung der Panama-Papiere der Druck auf die Politik wachse, da neun von zehn Briefkastenfirmen dem vorsätzlichen Steuerbetrug dienten. Der Schaden durch Steuerausfälle belaufe sich in den betrogenen Bundesländern auf annähernd 200 Milliarden Dollar pro Jahr. War das denn vor den Panama-Papers nicht bekannt? Zur Erinnerung: Swiss-Leaks (2015), Luxemburg-Leaks (2014), Offshore-Leaks (2013) und die Liechtensteiner Steueraffäre (2008). Wieviel Druck braucht die Politik denn noch, um schließlich gegen betrügerische Steuervermeidung vorzugehen?

• Ist es nicht unglaublich, mit welcher Arroganz uns mit TTIP ein anonymes Abkommen übergestülpt werden soll, das mit seinen Konsequenzen in nahezu alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereiche hineinwirkt – wobei vieles aufgrund der mangelhaften Transparenz (bewusst) unklar bleibt. Und ganz losgelöst von den Inhalten ist die Art und Weise wie der europäisch-amerikanische Vertrag in Brüsseler und Washingtoner Hinterzimmern geheim ausgehandelt wird eine Bankrotterklärung für jeden demokratischen Entscheidungsprozess. Selbst Befürworter des Abkommens, wie der Bundesverband der Deutschen Industrie, sprechen sich für modernere, nachvollziehbarere Verhandlungen aus.

An die Adresse unserer politisch Verantwortlichen: Es gibt keine Politikverdrossenheit bei uns, wohl aber eine Politikerverdrossenheit, und die ist von allen etablierten Parteien verursacht. Die überwiegende Zahl der Wählerinnen und Wähler wünscht sich nichts mehr als Glaubwürdigkeit, Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit. Geben sie doch zu, wenn Fehler begangen worden sind, und machen sie es in Zukunft besser. Geben sie zu, dass die Gestaltungsmöglichkeiten der Politik so groß gar nicht sind und dass Interessengruppen durchaus mitreden. Groben Schätzungen zufolge gibt es in Berlin 5.000 Lobbyisten, statistisch also für jeden Abgeordneten acht (bereits Norbert Lammert als Präsident des Deutschen Bundestages beklagte deren beachtlichen und in zunehmendem Umfang glänzend organisierten Einfluss). Und die Aufgabe der durchweg gut bezahlten ‚Interessenvertreter' ist nun einmal die Beeinflussung im Sinne ihrer Arbeitgeber.

• Die Energiewirtschaft (‚Atomlobby') gilt in Deutschland dabei als Branche mit besonders großer Lobbymacht. Aktuell soll es den Atomkonzernen ermöglicht werden, sich freizukaufen. Das käme einem Super-Gau für die Steuerzahler gleich, denn schon jetzt ist absehbar, dass die angepeilten 23 Milliarden auch inklusive Zinsen nicht ausreichen werden, um die steigenden Kosten der Zwischen- und Endlagerung zu bezahlen. Das wäre ein Skandal, vor allem angesichts der Riesengewinne, die die Versorger aus dem langjährigen AKW-Betrieb gezogen haben. Wie war das gleich nochmal mit dem ‚Verursacherprinzip'? Ist das wirklich noch glaubwürdig?

Kein Spiel geht erst in den letzten fünf Minuten verloren, keine Mannschaft steigt wegen des letzten Saisonspiels ab. Das passiert immer schon wesentlich früher. Deshalb ist die AfD keine Frage, sie ist eine Antwort.
Und jetzt soll sie ‚bekämpft' oder ‚entzaubert' werden. Eine ‚starke, demokratische Phalanx' soll entstehen, die die AfD ‚konsequent in die Ecke drängt'. Dabei wurden – durch das Versagen der etablierten Parteien – die Geister erst gerufen. Soziale Gerechtigkeit wurde allenthalben gepredigt, aber kaum spürbar umgesetzt. Und Vertrauen, das über Jahre verspielt wurde, ist nur langfristig zurückzugewinnen – da gibt es keine Abkürzungen.
Die Nichtwähler von 2011 waren nicht einfach nur passiv. Sie haben sich in dem angebotenen Parteispektrum bloß nicht wiedergefunden. Und wie frustriert muss jemand sein, dass er auf die billigen und oberflächlichen Lösungen der AfD anspringt, wenn er die Wahl hat und es ein solches Angebot gibt. Das gilt auch für die enttäuschten Wähler der Volksparteien.
Verstehen das die Politiker nicht? Genau deshalb nämlich versagen alle kurzfristigen Strategien der Spitzenpolitik im Kampf gegen die AfD, weil die zu den Rechtspopulisten Abgewanderten (‚Geflüchteten') bekämpft werden, statt dass man sich endlich um die ‚Fluchtursachen' kümmert. Denn vielleicht war es bei dem einen oder anderen ja doch mehr Hilferuf als Überzeugungstat .

Eckhard Steuer, Kusel

Anrechnung des Studiums beantragen

Betr.: GEW Zeitung 1-2/2016, S. 22

Im Abschnitt „Anrechnung Lehramtsstudium" in den „Fragen aus dem pädagogischen Berufsalltag" vermisse ich den wichtigen Hinweis, dass die Anerkennung des Studiums auf die Regelaltersgrenze von jedem einzeln persönlich und frühzeitig (vor Eintritt in den Ruhestand) beantragt werden muss. Auch nach mehrfachem Austausch mit dem Verfasser des Artikels war es mir nicht möglich, diesen zu bewegen, seinen Artikel zu ergänzen. Deshalb schreibe ich nun diesen Leserbrief. Nachdem ich mich selbst nochmal erkundigt habe, bestätigt sich mein Kenntnisstand.
Das heißt: KollegInnen müssen vor Eintritt in den Ruhestand die Anrechnung des Studiums auf ihre ruhegehaltspflichtigen Zeiten schriftlich beantragen.
Die Anerkennung erfolgt nicht automatisch.
Die KollegInnen werden seitens der Dienststelle noch einmal (vor Eintritt in den Ruhestand) schriftlich darauf hingewiesen, einen Antrag zu stellen. Wenn sie es bis dahin nicht getan haben, können sie das dann nachholen.
Es ist sicher sinnvoll, die Anerkennung wesentlich früher zu beantragen, damit man später möglicherweise keine Überraschung erlebt. In § 18 LBeamtVG ist der Sachverhalt geregelt. Die Anerkennung ist für die Berechnung des Ruhegehaltes von Teilzeitkräften sehr wichtig.

Hildegard Schäfer, Spesenroth

Büchertipps von Antje Fries

Wo leben die Fischstäbchen?

Dieser Frage kann man mit Kindern von 4 bis 7 Jahren mittels des Heftes und der Poster von Ellen Tsalos-Fürler nachgehen: Lauter Angebote rund um die Herkunft unseres Essens laden dazu ein, genauer zu beleuchten, wie aus dem Fisch ein Stäbchen wird, wer den Honig macht, ob Chips mal Kartoffeln und Schnitzel mal Schweine waren, wie der Stiel in den Lolli kommt und vieles mehr vom Brot über die Marmelade bis hin zu Milch und Fleisch. Sprechanlässe, Wissenswertes, Rezepte zum Selberkochen, Spiel- und Bastelideen liefern viele Anlässe, sich mit dem Thema zu beschäftigen – dies auch erfreulich sachlich, gerade, wenn es um die Tierhaltung geht: Kritisches Betrachten der Fakten, ohne jedoch Fleischessen zu verpönen. Die neun beiliegenden A3-Poster rund um einzelne Lebensmittel eignen sich gut zum Erklären der Produktionsabläufe.

Ellen Tsalos-Fürter: Wo leben die Fischstäbchen? Mülheim 2016. 64 Seiten und 9 Poster A3, 20,99 €, ISBN 978-3-8346-31268

Natur-Unterricht

Ein grandioses Buch haben die Musikpädagogin Frauke Hohberger und die Biologin Rita Lüder verfasst: „Selfie mit Löwenzahn“ lädt dazu ein, die Natur mit Smartphone und Tablet zu entdecken. „Neiiin!“, höre ich gerade ungefähr Drei Viertel aller KollegInnen stöhnen, aber hier wird das Reizthema Handy clever genutzt: Kinder lernen, genau hinzuschauen, aufmerksam zu lauschen – und das alles anfangs „nur“, damit die Fotos oder Tonaufnahmen auf dem Handy dann auch gut werden. Dazu bekommen die Kinder (und ihre LehrerInnen) gute Praxistipps. Neben Anleitungen und Aufgabenstellungen bietet das wie im Haupt-Verlag üblich großzügig und qualitativ hochwertig aufgemachte Buch Ergebnisse und viel Wissenswertes aus der Natur dazu. Schicken Sie Ihre Klasse doch mal mit der Hausaufgabe los, im Frühling das allererste Grün festzuhalten. Oder Muster, Strukturen, Linien und Adern in der Natur zu dokumentieren! Oder natürliche Farbtupfer im Grau der Stadt zu finden. Oder auch Klänge der Stadt aufzunehmen. Oder einen Passepartout mitzunehmen und Entdecktes gleich inklusive Rahmen aufzunehmen. Oder die Veränderungen an einer Blüte im Laufe eines Tages einzufangen.

Und wer tatsächlich kein Handy haben sollte, kein Problem: Partnerarbeit geht ja auch: Entdeckertouren zu zweit machen ohnehin mehr Spaß!

Nicht minder bunt und anregend ist das kunterbunte Natur-Bastelbuch der Künstlerin und Pädagogin Constanze Guhr und der Illustratorin Anna Zimmermann: Von ganz simplen Schmetterlingen, Libellen oder Elfen aus Naturmaterialien über Stabfiguren aus Mohnkapseln mit Stiel oder schlichtem Blumenpressen geht es zu weiteren einfallsreichen Vorschlägen, die nach Jahreszeiten sortiert sind: Schiffsbau, hängende Baumhäuschen und Natur-Memorys werden gebastelt, allerlei aus Korken und auf und mit Stein entsteht, Fundsachen aus dem Unterholz werden zu geheimnisvollen Waldwesen und Drachen, aus Kieferzapfen wird ein Miniatur-Weihnachtsbaum gezaubert, und selbst winzige Pinienschalen werden hier noch zu niedlichen Käfern verbastelt.

Frauke Hohberger und Rita Lüder: Selfie mit Löwenzahn. Bern 2016. 128 Seiten, 24,90 €. ISBN 978-3-258-079585

Constanze Guhr und Anna Zimmermann: Das kunterbunte Natur-Bastelbuch. Bern 2016. 144 Seiten, 24,90€. ISBN 978-3-258-601441

Mädchenpädagogik

„Mit Mädchen arbeiten. Projekte und Übungen aus der Praxis“ heißt ein Heft von Regina Hillebrecht, die als Sozialpädagogin jahrelange Erfahrungen im Münchner Kinder- und Jugendtreff gesammelt hat und mittlerweile im Jugendamt der Stadt arbeitet, wo sie für Schutz, Beratung und Förderung von Mädchen und ihren Familien zuständig ist. Das breite Praxiswissen fließt ein, wenn die Autorin Projekte wie „Liebe, Freundschaft, Sexualität“ oder „Mädchen in aller Welt“ beschreibt oder spezielle Angebote für Mädchen (u.a. auch zum Thema Sucht und Gewalt) macht. Viel Kreatives Tun wird angeregt, wenn es um ein Mädchen-Magazin, eine Stadtteil-Rallye oder Handy-Clips geht und auch Planungen für „Mädchen-Tage“ (als Aktionstage oder Ausflüge) sind enthalten. Alter der Zielgruppe, Dauer, die Teilnehmerzahl und das benötigte Material sind angegeben und Kopiervorlagen helfen bei der Vorbereitung zur Umsetzung in der eigenen Praxis.

Regina Hillebrecht: Mit Mädchen arbeiten. Kempen 2016. 60 Seiten, 16,90 €. ISBN 978-3-86740-6130

Achtarmig trainieren

Zwei neue Hefte speziell für die Vorschule sind erschienen: „Mit der Krake durch die Vorschule“ gelangen kann man gut, wenn Zahlen und Mengen sowie Laute und Buchstaben anstehen: Die Vorläuferfähigkeiten der Kinder sollen hier altersgemäß gefördert und dokumentiert werden. Spielerisch werden mathematische und sprachliche Schulvorbereitung in der Kita, der Vorschule oder zu Hause möglich. Eine Checkliste, welches Arbeitsblatt was fördert, erleichtert die Auswahl und die Übersicht behält man zudem mit der Liste über bereits Geschafftes und die Förderschwerpunkte. Zum Download gibt es zusätzlich Arbeitshilfen, Ausschneidevorlagen und Karten für das krakeneigene Belohnungssystem.

Mit der Krake durch die Vorschule: Heft Laute und Buchstaben, Berlin 2016. 50 Seiten, 14,50 €. ISBN 978-3-589-246687. Heft Zahlen und Mengen, Berlin 2016. 50 Seiten, 14,50 €. ISBN 978-3-589-246618

Interkulturell spielen

Für die Sekundarstufe 1 ist die dicke Neuerscheinung „Miteinander“ gedacht. Sie beinhaltet über 90 interkulturelle Spiele, Übungen und Projektvorschläge für Schüler der Klassen 5 bis 10 und ist generell für die Arbeit mit Gruppen geeignet, nicht nur für DaZ, wie der Verlag vorschlägt. Nach Spielen zum Aufwärmen und Einstimmen findet man Spiele rund um „Hintergrundinformationen“: Wie lebt man in der Türkei, in Kroatien, in Spanien? Was wissen wir zum Thema Asyl? Kennen wir eigentlich die verschiedenen Religionen? Selbst- und Fremdwahrnehmung sind im darauffolgenden Kapitel wichtig, bevor es um die Förderung der Empathie und den Umgang mit Vorurteilen und kulturellen Missverständnissen

geht. Übungen zu Freiheitserfahrung und Ausgrenzung schließen sich an, und auch Kommunikation, Konfliktbearbeitung, Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus werden in vielen Spielen bzw. Anregungen thematisiert.
Helmolt Rademacher und Maria Wilhelm: Miteinander. Berlin 2016. 208 Seiten, 19,99 €. ISBN 978-3-589-158539

Handfeste Expertentipps für die Sekundarstufen 1 und 2, wie Inklusion an Schulen gelingen und entlastend wirken kann, bietet der Band „Inklusion an Schulen" aus der Reihe „99 Tipps". Individualisiertes Lernen und differenzierte Aufgabenstellungen werden ebenso beschrieben wie kooperative Lernformen und geeignete Lernarrangements. Die Begleitung individueller Lernentwicklung und der Umgang mit Unterrichtsstörungen sind zudem Thema des Buches, das auch Eckpunkte für erfolgreiche Teamarbeit benennt. Gewohnt knapp und prägnant und direkt praxisnah einsetzbar!
Katja Tews-Vogler und Nina Bähnk: 99 Tipps Inklusion an Schulen. Berlin 2016. 144 Seiten, 16,50 €. ISBN 978-3-589-158133

Lernen und Denken

Kopiervorlagen mit Übungen zu Konzentration, Logik und Kreativität beinhaltet „Leichter lernen – besser denken" von Sabine Kelkel. Es ist gut für kurze Einschübe in laufende Unterrichtseinheiten der Klassen 5 bis 7 oder auch für Vertretungsstunden geeignet. Die zahlreichen Kopiervorlagen sind zusätzlich mit Lösungsblättern zur Selbstkontrolle versehen. Wie funktioniert Lernen überhaupt? Welche Lerntypen gibt es? Diese und andere Fragen werden geklärt, bevor es im umfangreichen Praxisteil Vorlagen zu Lern- und Merktechniken, Konzentration, Wort- und Sprachschatz, assoziativem Denken, logischem Denken und Fantasie und Kreativität gibt.
Sabine Kelkel: Leichter lernen- besser denken. Mülheim 2016. 120 Seiten, 21,99 €. ISBN 978-3-8346-30643

Soforthilfe

„Beratungsgespräche führen" ist ein Heft aus der „Erste-Hilfe-Koffer"-Reihe für die Sekundarstufe 1. Zur Vorbereitung von Gesprächen gibt es To-do-Listen, im „Werkzeugkasten" befinden sich Checklisten und andere Vorlagen zum Thema Techniken, Strukturen und Stolpersteine. Eine praktische Soforthilfe mit Handlungsschritten für den Schulalltag!
Andreas Neuhaus und Kirsten Zünkler: Beratungsgespräche führen. Berlin 2016. 72 Seiten, 17,99 €. ISBN 978-3-589-156870

Geschüttelt, nicht gerührt!

Mit der Schüttelbox mit zwei oder auch drei Fächern bekommt die Mathematik für den Anfangsunterricht hohen Aufforderungscharakter, und ihm begleitenden Heft von Sabine Willmeroth finden sich jede Menge Kopiervorlagen, damit Schüler in Klasse 1 handlungsorientiert Zahlzerlegungen und Addition im Zahlenraum bis 20 auch notieren können. Schnelle Mengenerfassung und Automatisierung der Zahlzerlegung kommen hinzu. Neben fertigen Arbeitsblättern gibt es jeweils auch Blanko-Vorlagen, um viele, viele weitere und differenzierte Aufgaben stellen zu können.
Sabine Willmeroth: Mathe mit der Schüttelbox. Mülheim 2016. 80 Seiten, 18,99 €. ISBN 978-3-8346-31121

Wochenplan Klasse 1 und 2

Aus der Reihe „Gute Aufgaben für den Wochenplan" sind die neuen Hefte für den Deutschunterricht der Klassen 1 und 2, die sich mit Lesekompetenz und Sachtexten befassen. Zur Lesekompetenz wird die Förderung der Lesefähigkeit trainiert, das Textverständnis gefördert und die Lesemotivation gesteigert – dies übrigens mit den heißgeliebten Olchis.
Das Heft zum Thema Sachtexte befasst sich inhaltlich mit dem Alphabet, Vornamen, Büchern und dem Telefonieren, um „technisch" den handwerklichen Umgang mit den Themen nahezubringen: Ein Leseplan, Lesestrategien, ein Lerntagebuch usw. werden vorgestellt.
Beide Hefte eignen sich gerade auch für den Einsatz in jahrgangsgemischten oder sehr heterogenen Klassen.
Annemarie Niklas / Edelgard Moers: Gute Aufgaben für den Wochenplan Deutsch 1 / 2 Lesekompetenz / Sachtexte. Berlin 2016. Je 88 Seiten, je 19,50 €. ISBN 978-3-589-157655 bzw. -157662

3D-Kunst

Für die Arbeit mit Kindern ab acht Jahren ist ein wunderschönes Buch gedacht, das die Papieringenieurin Antje von Stemm verfasst hat: „Die Pop-Up-Werkstatt" vermittelt Schritt für Schritt, wie spannend, kreativ und überraschend einfach kleine 3D-Kunstwerke herzustellen sind. Oft werden Basis-Angebote gemacht, die auf den Folgeseiten für Geübtere ausgebaut werden. Dazu sollte man den Umgang mit Cutter und Geodreieck beherrschen, aber auch das wird auf den Technik-Seiten) erklärt. Und wer noch mehr Anleitung braucht, kann sie auch als Videos im Netz abrufen, die tolle Ideen zum Falten, Malen, Schneiden und Kleben für Karten, Wandplakate, Masken oder sogar Bühnenbilder.
Antje von Stemm: Die Pop-Up-Werkstatt. Bern 2016. 160 Seiten, 24,90 €. ISBN 978-3-258-601397

Druck machen!

Nein, es geht nicht um Tarifverhandlungen, sondern um Selbstgedrucktes für Grußkarten, Tapeten, Taschen, Stoffe und vieles mehr: Jessica Swift zeigt in ihrem Buch „Handgedruckte Muster", wie man am besten Motive entwirft, Hintergründe auswählt und von Schreibwaren über Stoffe bis hin zu Fliesen alles bedruckt, was Muster braucht. Prima im Kunstunterricht umzusetzen! Zusätzlich runden Erfahrungsberichte von und Interviews mit verschiedenen Designern das kunterbunte Angebot ab.
Jessica Swift: Handgedruckte Muster. Bern 2016. 144 Seiten, 24,90 €. ISBN 978-3-258-601410

Buntes Klassenzimmer

25 Projekte, um das Klassenzimmer das ganze Jahr über mit Einzel- und Gemeinschaftskunstwerken mit relativ kleinem Aufwand, aber großer Wirkung zu dekorieren, bietet Silke Bachner mit „Klasse(n)-Deko" für die Klassen 1 bis 4 an: Das beginnt schon mit der Ausstellung der Fundsachen aus den Sommerferien der Kinder gleich in der ersten Schulwoche. Die meisten Vorhaben sind jahreszeitlich sortiert, andere eignen sich das ganze Jahr hindurch, in jedem Fall sind sie aber alle herrlich bunt, gut umzusetzen und vor allem am Können der Kinder orientiert und nicht aufgesetzt super-ordentlich, weil die Lehrerin an hundert Stellen selbst geschnippelt und begradigt hat!
Silke Bachner: Klasse(n)-Deko. Mülheim 2016. 96 Seiten, 21,99 €. ISBN 978-3-8346-31107

Film von Paul Schwarz über Ausbildungsabbrecher

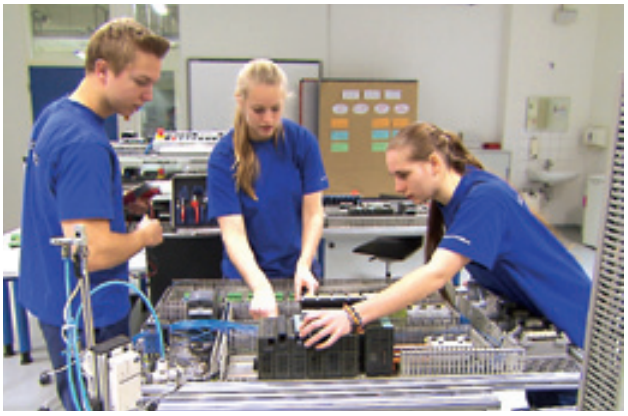
Der erfolgreiche Abschluss einer Berufsausbildung ist für jeden wichtig. Ungelernte Kräfte sind in der Regel die ersten, die ein Unternehmen entlässt, wenn ein Stellenabbau erfolgen muss, falls sie überhaupt eine Stelle bekommen haben. Oft bedeutet das Leben ohne Ausbildungsabschluss einen ständigen Wechsel von Gelegenheitsjobs und Zeiten der Arbeitslosigkeit.

Der Anteil junger Menschen, die in Deutschland vorzeitig und ohne Abschluss ihren Ausbildungsvertrag auflösen, liegt seit Jahren bei ca. 25 Prozent, bei Friseuren und in der Gastronomie bei über 40 Prozent – Spitzenwerte in Europa. Warum ist das so, und was kann man dagegen machen?

Diesen Fragen geht der neue Film von Paul Schwarz „Abbruch vermeiden. Wie gelingt die Duale Ausbildung?“ (konfektionierte und menügesteuerte DVD mit ausführlichem Inlay) nach. Was können Ausbilder, Kammern, Berufsberater, Lehrkräfte und Eltern tun, damit die Ausbildung gelingt? Gibt es Unterschiede, ob man eine Ausbildung in einem kleinen oder mittelständischen Unternehmen macht oder in einem großen Konzern wie Daimler, wo die Abbrecherquote bei null Prozent liegt. Der knapp fünfzigminütige Film stellt junge Ausbildungsabbrecher und Betriebe vor, zeigt aber auch, wie breit und vielfältig die Prävention von Lehrabbrüchen ist, vor allem in Rheinland-Pfalz.

Der Film entstand in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit. Die DVD enthält deshalb auch zwei Porträts (jeweils 16 Min.) der Hochschulen der Bundesagentur in Mannheim und Schwerin mit den beiden Bachelor-Studiengängen „Arbeitsmarktmanagement“ und „Beschäftigungsorientierte Beratung und Fallmanagement“ für arbeitsmarktpolitische Fachkräfte, die später vor allem in Arbeits-agenturen und Jobcenter tätig sein werden.

Die DVD kann zum Preis von 15,00 Euro (plus Porto) über schwarzpaul@t-online.de bezogen werden. *pm*



Schule + Evaluation

Themenschwerpunkt in Heft 2/2016 der Zeitschrift „DDS – Die Deutsche Schule“, herausgegeben von der GEW, ist das Thema „Schule und Evaluation.

„Evaluationsorientiertes Denken“ ist für Schulen alltäglich geworden. Doch der vermeintlich so selbstverständliche Begriff Evaluation wird für vieles verwendet, das zwar auch der Überprüfung etc. dient – aber eben keine Evaluation ist. Denn dabei geht es gerade nicht nur um die Feststellung eines Ist-Zustandes und seiner Entfernung vom Soll-Zustand, sondern immer auch um ein förderliches (Be-) Werten, um herauszufinden, inwieweit der Soll-Zustand schon erreicht worden ist und wie dies noch besser gelingen kann.

Wolfgang Böttcher und Jan Hense erläutern zentrale Elemente von Evaluation und grenzen diese von anderen Verfahren ab. Jutta Wolff rät AuftraggeberInnen zu einer realistischen Einschätzung der Möglichkeit, im pädagogischen Bereich kausale Zusammenhänge aufzuklären. Susanne Giel illustriert anhand eines Beispiels, wie eine Programmevaluation sinnvoll ablaufen kann. Sylvia Rahn, Miriam Keune, Christoph Fuhrmann und Sabine Gruehn zeigen die Möglichkeiten und Grenzen von Schülerfeedbacks. Klaudia Schulte, Detlef Fickermann und Markus Lücken erörtern eine für Verwaltung und Einzelschulen nutzbringende Zusammenführung unterschiedlicher Monitoringergebnisse. Wolfgang Beywl und Lars Balzer stellen ein Portfolio zum Aufbau von Evaluationskompetenzen bei Lehrkräften vor.

Die DDS kann online – auch einzelne Artikel – und gedruckt bezogen werden. Abstracts zu den Beiträgen sowie Bestellmöglichkeiten unter: www.dds-home.de.

Sylvia Schütze

Kreis + Region

Limeskastell Pohl ausgezeichneter Lernort

Das Limeskastell in 56357 Pohl an der Bäderstraße (B 260) stand im Mittelpunkt einer ganztägigen Fortbildung für Lehrkräfte. Es galt, die Welterbestätte als außerschulischen Lernort zu erkunden, zu entdecken und zu erforschen.

Nach der geschichtlichen und regionalen Einordnung des Limes und der Bedeutung der Kastelle wurde in einem Rundgang, gespickt mit vielen Detailinformationen, der authentische Nachbau des Limes-Kleinkastells den interessierten Teilnehmern nahegebracht. Im Gespräch mit einem „lebenden Römer“ wurden die verschiedenen Varianten besprochen, handlungsorientiert in die Römerwelt am Limes einzutauchen und den Schülerinnen und Schülern nachhaltige Bildungserlebnisse zu vermitteln.

Dies kann durch eine vormittägliche Exkursion, einen ganztägigen Aufenthalt, in Workshops zu verschiedenen Themenstellungen und auch in mehrtägigen Projekten geschehen. Mit der leitenden Lehrkraft werden die zielorientierten Vorhaben vorab geplant und folgend mit sachkundigen Limes-Cicerones gestaltet. Die Vorhaben richten sich im Wesentlichen an Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 4 bis 13.

Kennenlernen und teilweise ausprobieren konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer: römische Kinderspiele, römische Bekleidung und Bewaffnung der im Kastell stationierten Menschen, Bogenschießen, Alltagstätigkeiten wie Feuer anmachen, Mehl mahlen und Brot backen, herstellen von verschiedenen Tinten und schreiben auf Pergament. Auch können „römische“ Münzen

geprägt, Holzkohle hergestellt und Eisenerz in einem Rennofen verhüttet werden. Teer aus Birkenholz lässt sich gewinnen. Bei einer Wanderung Wild-kräuter sammeln und anschließend eine „römische“ Suppe kochen ist möglich.
Nach der „römischen Mittagspause“ erkundeten die FortbildungteilnehmerInnen unter sachkundiger Führung ein Stück Limesgraben, ein keltisches Hügelgrab und eine Turmstelle aus römischer Zeit. In der Abschlussrunde wurden weitere Einzelheiten der Lernortnutzung zusammengetragen.
Die Lehrkräfte waren sehr angetan, von den vielfältigen Möglichkeiten die dieser außergewöhnliche außerschulische Lernort bietet und lobten das beeindruckende Engagement der dortigen Cicerones. pm
Die Kontaktaufnahme kann telefonisch unter 06772/9680768 oder per E-Mail officium@limeskastell-pohl.de erfolgen.

Kreis Worms - Alzey - Frankenthal

LFG Sozialpädagogische Berufe zu Gast

„Moderne Gewerkschaftsarbeit setzt niederschwellige Angebote“, so der Landesfachgruppensprecher Sozialpädagogische Berufe, Alessandro Novellino, bei einer Veranstaltung der GEW Worms – Alzey – Frankenthal. „Diese muss gut einschätzbar, wohnortnah und zeitlich kalkulierbar sein“.
Den Erzieherinnen und Erziehern sei spätestens beim Streik im letzten Jahr klargeworden, dass Probleme nur gemeinsam gelöst werden können. Wer am System etwas ändern wolle, müsse bildungspolitisch denken, so Alessandro weiter. Zu dieser politischen Diskussion möchte die Landesfachgruppe einladen. Nach einem Überblick über die aktuelle Tarifrunde im öffentlichen Dienst nahmen die Diskussionen um die Arbeitsbedingungen in den Kitas breiten Raum ein. Als Stressoren wurde von den Anwesenden u.a. kranke Kinder, zu wenige Hilfen durch die Träger wie auch die Integration der Zweijährigen gesehen. Abhilfe könnte ein gutes Gesundheitsmanagement schaffen. Alessandro nannte beispielsweise Betriebssport, Prophylaxe, Vertretungsfeuerwehr und ein kollegiales Workout. Seine Kollegin im Sprecherteam, Kathrin Groening, erläuterte die Gründung einer Betriebsgruppe am Beispiel ihrer eigenen in Mainz.
Mit zwei süßen Kisten Nibelungenschätzen entließ der Kreisvorsitzende Christian Diehl die beiden mit dem Wunsch um Unterstützung bei der Gründung einer Kreisfachgruppe.

Christian Diehl

Kreis Trier

Ran an die Geräte

Am 02.03.2016 hieß es in der Turnhalle der Grundschule Trierweiler „Ran an die Geräte – Gerätturnen, so einfach geht das“. Für 18 Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatte Axel Fries, der Referent dieses Tages, eine abwechslungsreiche Veranstaltung geplant. Nach der Begrüßung durch Adolf Morbach von der GEW - Kreis Trier zeigte Axel Fries in der Demonstrationsstunde mit einer 4. Grundschulklasse, wie eine erfolgreiche Sportstunde geplant und aufgebaut werden und ablaufen kann.
Die zum Teil fachfremd unterrichtenden TeilnehmerInnen konnten anschließend die Übungseinheiten der einzelnen Stationen eines Parcours selbst erarbeiten und dabei erfahren, wie Kinder an den unterschiedlichsten Geräten und beim Bodenturnen ohne Hilfestellung an der Person üben und turnen.
Mit einem Koffer voller Ideen kehrten die Lehrkräfte an ihre Schulen zurück, und in so mancher Turnstunde wird es nun heißen: „Ran an die Geräte – Keine Angst vor Gerätturnen“. Allen teilnehmenden Lehrerinnen und Lehrern der Primar – und Orientierungsstufe bot diese Veranstaltung sehr interessante Einblicke in das schülergerechte Gerätturnen und seine Einordnung in den Rahmenplan Sport. Für interessierte Kolleginnen und Kollegen, die gerne einmal an einer vergleichbaren Fortbildung teilnehmen möchten oder selbst eine Veranstaltung organisieren wollen, hier die Kontaktdaten von Herrn Axel Fries (u.a. Referent Gerätturnen des Deutschen Turner-Bundes, Vorstandsmitglied im Deutschen Turner-Bund, verantwortlich für den deutschen Schulsport und für den Wettbewerb Jugend trainiert für Olympia): E-Mail: turnen@axelfries.eu, Internet: www.axelfries.eu

Adolf Morbach

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft nimmt Abschied von ihrem treuen Mitglied

Walther Willems

aus St. Goar-Biebernheim

Er verstarb am 30. Mai 2016 im Alter von fast 102 Jahren.

GEW Rheinland-Pfalz
Klaus-Peter Hammer

GEW Rhein-Hunsrück
Henning Caspari

Impressum GEW-ZEITUNG Rheinland-Pfalz
(124. Jahrgang)

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Rheinland-Pfalz, Neubrunnenstr. 8, 55116 Mainz, Tel.: 0 6131 28988-0, Fax: 0 6131 28988-80, www.gew-rlp.de, **E-mail: gew@gew-rlp.de**

Redaktion: Günter Helfrich *(verantw.)*, **Dr. Paul Schwarz, Antje Fries, Karin Helfrich, Jonas Priester**

Redaktionsanschrift: GEW-Zeitung Rheinland-Pfalz, Postfach 22 02 23, 67023 Ludwigshafen, Tel.: 0621 564995, Mobil: 0172 2775243, **E-mail: guenter.helfrich@gew-rlp.de**

Verlag und Anzeigen, Satz und Druck: Verlag Pfälzische Post GmbH, Winzinger Str. 30, 67433 Neustadt a.d.W., Tel.: 06321 80377; Fax: 0 6321 86217; **E-mail: vpp.nw@t-online.de**

Manuskripte und Beiträge: Die in den einzelnen Beiträgen wiedergegebenen Gedanken entsprechen nicht in jedem Falle der Ansicht des GEW-Vorstandes oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder zugemailte Daten wird keine Gewähr übernommen.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten; für Nichtmitglieder jährlich Euro 18,-- incl. Porto + MWSt. (Bestellungen nur beim Herausgeber.) Kündigung 3 Monate vor Ablauf des Kalenderjahres. Im anderen Falle erfolgt stillschweigend Verlängerung um ein weiteres Jahr.

Anzeigenpreisliste Nr. 15 beim Verlag erhältlich. **Redaktionsschluss:** jeweils der 1. des Vormonats.

Die Leiden der Gabriele F. aus Berlin-W.

Gabriele Frydrych

(Das Referendariat ist eine Zeit, in der einen die Ausbilder zunächst so richtig schön zusammenstauchen, damit sie einen anschließend wieder aufbauen können. Meine Erlebnisse stammen eher zufällig aus Rheinland-Pfalz. Sicher könnte man Ähnliches aus Bremen, Berlin, Niedersachsen oder Bayern erzählen. Insofern mache ich mich hier nicht über die Pfalz lustig, sondern einfach über skurrile Begebenheiten von 1980. Vielleicht ist das Referendariat auch heutzutage etwas netter bei dem überall herrschenden Lehrermangel.)

„Lehrerin ist doch ein schöner Beruf für eine Frau. Ein bisschen halbtags arbeiten und genug Zeit für Haushalt und Kinder." Das sagt die Frau von der Berufsberatung, als ich 19 bin. Ich will aber Slavistik studieren, damit ich mich mal mit meinem tschechischen Großvater unterhalten kann. Der hat ne Dorfkneipe in der Nähe von Prag und braut heimlich Schnaps im Keller. „Wir werden nach den Ostverträgen jede Menge Russischlehrer brauchen!", verspricht die Frau von der Berufsberatung. Da hat sie sich leider geirrt.

Als ich 1978 mein erstes Staatsexamen mache, braucht in Berlin-West keine Schule Russischlehrer. Auf eine Referendarstelle muss man dreieinhalb Jahre warten. Ich will nicht dreieinhalb Jahre lang irgendwas machen. Ich bewerbe mich in allen Bundesländern.

Und dann kommt nach anderthalb Jahren Wartezeit ein amtlicher Brief aus Rheinland-Pfalz. Ich darf umgehend am Staatlichen Studienseminar in Kaiserslautern mein Referendariat antreten. Gerade habe ich eine günstige Wohnung in Berlin gefunden und einen Job als Fremdsprachensekretärin. Aber es hilft nix. Die Ausbildung muss beendet werden, sonst verfällt das erste Staatsexamen. In Kaiserslautern werde ich im Februar 1980 vereidigt. Ganz nebenbei erklärt mir mein neuer Chef, dass ich meine Examensnote, eine Zwei, getrost vergessen könne. Hier in der Pfalz wisse man, was die Zensuren der roten FU Berlin wert seien. Nämlich gar nichts.

Die anderen 70 Studienreferendare tingeln an Schulen in Kaiserslautern herum, wir acht Russischfachkräfte werden in die Kleinstadt Landstuhl geschickt. Dort lebt und wirkt die einzige Russischlehrerin der Umgebung. Sie war noch nie im „Reich des Bösen". Trotzdem kann sie gut Russisch und hat etliche nette Schüler dazu motiviert, in der nullten oder zehnten Stunde an einer Arbeitsgemeinschaft Russisch teilzunehmen. Die armen Kinder werden nun ständig den pädagogischen Versuchen von uns acht Referendaren ausgesetzt. Sie tragen es mit Fassung.

Ich bekomme nach einem halben Jahr eine achte Klasse in Deutsch. Die soll ich gleich als Klassenlehrerin übernehmen. In dieser Klasse sind wie bei Waldorfs in Berlin 42 Kinder. So brave und willige Kinder habe ich seither nie wieder erlebt. Drei davon sind Schulleiter- und Kollegenkinder. So erfährt meine Ausbilderin auf dem kurzen Dienstweg, dass ich in Deutsch die „Bravo" behandle. Sie will nicht, dass ihr Sohn aus so einem Schmuddelblatt erfährt, dass manche Leute es schon vor der Ehe treiben. Ich erinnere kurz daran: Wir sind im Jahr 1980. Wenn mich der Deutschausbilder besucht, spricht er gern von den Kerlchen, obwohl in der Klasse auch zahlreiche Mädchen sind. Er findet, ich müsste die Kerlchen in der 5. Klasse öfter loben.

In Berlin tummeln sich damals viele junge Leute in Wohngemeinschaften, teilen Bad, Küche und Bett. Hier in Kaiserslautern wohnen viele meiner KollegInnen noch bei den Eltern und bringen Mutti am Wochenende die Wäsche mit. Dass jemand von so weit anreist wie ich, um das Referendariat zu absolvieren, wundert alle.

Am Gymnasium Landstuhl sind Personalratswahlen. Im Lehrerzimmer wird intensiv diskutiert, wer die beiden Stimmen für die GEW abgegeben hat. Unerhört! Ein ordentlicher Studienrat wählt den Philologenverband! Und sonst gar nix!

Zu meiner Verblüffung gibt es zu Fasching zwei Tage schulfrei! Ich lerne lustiges Volksgut: „Ein schöner weißer Arsch, ein schöner weißer Arsch…." Ich höre jede Menge pfälzische Büttenreden. Ich lerne, wie schön der Pfälzer Wald ist, dass führende Fußballkräfte aus Kaiserslautern kommen (einer steht immer in meiner Stammkneipe rum). Pflichtbewusst wandere ich einmal mit auf den Betzenberg und bin entsetzt, als die braven Kinder meiner „Adoptivfamilie" dort zu grölenden Randalierern werden, die den Schiedsrichter aufhängen wollen. Ich lerne schöne Weinorte an Rhein und Mosel kennen, stelle fest, dass man ruckzuck in Belgien, im Elsass und in Frankreich ist. (Von Berlin aus sind das weite Reisen, dafür ist man in einer Stunde in Polen.)

Einen Monat lang müssen wir Russischfachkräfte täglich nach Ludwigshafen fahren. Denn nur dort gibt es an einem Gymnasium (Carl-Bosch-Gymnasium?) Leistungskurse in der Oberstufe, die wir für unsere Ausbildung brauchen. Ich will ja nicht prahlen, aber so ein Niveau habe ich als Lehrerin nie wieder erreicht: Gedichte von Puschkin und Majakovskij auf Russisch interpretiert. Mit muttersprachlichen Schülern. Heute kann ich auf Russisch gerade mal noch ein Bier bestellen und erklären, warum ich ausgerechnet diese Sprache studiert habe.

So kurz vorm zweiten Examen erklärt uns der Seminarleiter, dass es für uns in der Pfalz keine Planstellen mehr gibt. Höchstens an einer Gesamtschule in Berlin-Kreuzberg. Das Plenum kichert. Da will ja nun wirklich kein Mensch hin.

Meine zwei Russischkolleginnen tragen zu ihren Lehrproben immer adrette Kostümchen und roten Lippenstift. Haben sie deshalb immer die besseren Zensuren? Untereinander herrscht leider ein ziemlicher Konkurrenzkampf, man profiliert sich gern auf Kosten anderer. Besonders bei den gemeinsamen Stundenbesprechungen, wo einem mit süßlichem Lächeln mal eben der Degen an den Hals gehalten wird. Bei einer Lehrprobe tausche ich meine Jeans mit einem schwarzen Röckchen – und siehe da, meine Zensur ist sofort eine Stufe besser. Aber vermutlich ist das überinterpretiert.

In der Pfalz gibt es wirklich keine Planstellen mehr. Man bietet mir an, als Stundenlehrerin oder Vertretungskraft in Ludwigshafen oder in Frankenthal anzufangen. Mein Freund bekommt eine Stelle in Walsrode in Niedersachsen. Und ich? Ergattere eine Planstelle an einer Gesamtschule in Kreuzberg. Weil ich fachfremd Musik unterrichten kann. Russisch will kein Mensch von mir lernen. „Gehen Sie doch in den Osten, wenn Sie Russisch unterrichten wollen!", sagen die lieben Kleinen zu mir.

Trotz der tollen Pfälzer Weine bin ich Biertrinkerin geblieben. Vermutlich hätte der Wein meiner Taille besser getan.